

REPORT DER DEUTSCHEN VEREINIGUNG
FÜR POLITISCHE BILDUNG

POLIS

3 | 2022

Schwerpunkt

Politische Bildung in
Zeiten der Digitalität

Zeitung

Neuer europäischer Impuls für die politische Bildung?

Fachbeiträge

Robert Brumme

Digitalisierung und Ungleichheit: Zum Potenzial digitaler
Technik, soziale Ungleichheit zu verringern

Leonie Wunderlich, Sascha Hölig

Informationsorientierung junger Menschen im digitalen
Medienumfeld

Manon Westphal

Politisches Handeln in digitalen Öffentlichkeiten:
Orientierungen für die politische Bildung

Monika Waldis

Digital citizenship education für die durch digitale
Technologien geprägte Lebenswelt

Forum

Gudrun Heinrich, Steve Kenner

POLIS Podcast: Digitalität & Politische Bildung

Didaktische Werkstatt

Julia Hastädt

Methodische und didaktische Potenziale digitaler Medien im
Politikunterricht – Beispiele aus der Praxis

DVPB aktuell

Johannes Varwick: Der Krieg gegen die Ukraine – ein Politik-
und Diskursversagen



WOCHEN
SCHAU
VERLAG

Editorial

Diese Ausgabe der POLIS widmet sich Fragen der Digitalisierung, die mittlerweile nahezu alle Teilbereiche des öffentlichen Lebens und weite Teile des Privaten durchdringen.

Im ersten Fachbeitrag geht der Soziologe Robert Brumme (Universität Rostock) der Frage nach, ob die Digitalisierung einen Beitrag zur Verringerung sozialer Ungleichheit leisten kann. Leonie Wunderlich und Sascha Hölig, beide tätig am Leibniz-Institut für Medienforschung, widmen sich einem zentralen Aspekt politischer Bildungsprozesse im digitalen Zeitalter: Informationsorientierung und Nachrichtenkompetenz. Sie leiten dabei aus einer quantitativen Studie zur Informationsorientierung bei Jugendlichen Implikationen für die politische Bildung ab. Die Politikwissenschaftlerin Manon Westphal (Universität Münster) verbindet in ihrem Beitrag Überlegungen der radikalen Demokratietheorie mit praktischen Fragen der Ermöglichung politischen Handelns im digitalen Raum. Monika Waldis, Professorin und Leiterin des Zentrums Politische Bildung und Geschichtsdidaktik der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz am Zentrum für Demokratie in Aarau, schließt den Teil der Fachbeiträge mit einer Einordnung didaktischer Konzepte im Feld der Digital Citizenship Education ab und führt dabei didaktische Überlegungen aus dem deutschsprachigen Raum mit internationalen Forschungsdiskursen zusammen. An die Fachbeiträge schließt sich ein Forum an, das auf die zweite Folge des POLIS-Podcast zurückgeht. Dabei sprachen wir mit Ulrika Engler, Leiterin der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung, Matthias Busch, Professor für Politikdidaktik (Universität Trier) und Dejan Mihajlović, Lehrer und Fortbilder aus Baden-Württemberg, der u.a. das Projekt AULA begleitet. Auszüge aus der Podcast-Aufnahme sind im Forum abgedruckt. Das Schwerpunktthema des Heftes wird mit einer didaktischen Werkstatt abgerundet. Julia Hastädt, Lehrerin für Sozialkunde und Geschichte und als @medien_Lehrerin in den sozialen Medien aktiv, gibt hier praxisnahe Anregungen zum Umgang mit digitalen Medien im Politikunterricht.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß und spannende Anregungen für Ihre Arbeit.

Guidrun Heinrich und Steve Kenner

POLIS

Politische Bildung in Zeiten der Digitalität

Zeitung

Neuer europäischer Impuls für die politische Bildung? 4

Fachbeiträge

Robert Brumme

Digitalisierung und Ungleichheit: Zum Potenzial digitaler Technik, soziale Ungleichheit zu verringern 7

Leonie Wunderlich, Sascha Hölig

Informationsorientierung junger Menschen im digitalen Mediumfeld – Herausforderungen und Potenziale für die politische Bildung 10

Manon Westphal

Politisches Handeln in digitalen Öffentlichkeiten: Orientierungen für die politische Bildung 13

Monika Waldis

Digital citizenship education für die durch digitale Technologien geprägte Lebenswelt 16

Forum

Guidrun Heinrich, Steve Kenner

POLIS Podcast: Digitalität & Politische Bildung 19

Didaktische Werkstatt

Julia Hastädt

Methodische und didaktische Potenziale digitaler Medien im Politikunterricht – Beispiele aus der Praxis 22

DVPB aktuell

Impuls

Johannes Varwick: Der Krieg gegen die Ukraine – ein Politik- und Diskursversagen 25

Berichte

Nordrhein-Westfalen

Neuer Vorstand der DVPB in NRW mit neuen Köpfen 27

Bundeswehr und Schule –Ihre Meinung ist gefragt! Umfrage 27

Das World-Café begeistert beim Landesforum der DVPB-NW 28

Bremen

3. Demokratietag zur Politischen Bildung in Bremen 29

Thüringen

„Hat Corona auch unsere Demokratie infiziert?“ 30

Landesverband verlieh zum 13. Mal in Folge den Abiturpreis 30

Berlin

#aktiveSchüler_innen2022 31

LITERATUR

Rezensionen 32

Vorschau/ Impressum 34

* Die Redaktion stellt den Autorinnen und Autoren grundsätzlich frei, in welcher Form sie eine gendersgerechte Schreibweise anwenden möchten.



Zeitung

Neuer europäischer Impuls für die politische Bildung?

Das Europäische Parlament hat im April eine Resolution zur Umsetzung von Maßnahmen der politischen Bildung angenommen. Dem ging eine Studie über citizenship education für den Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT) des Europäischen Parlaments voraus (siehe POLIS 4/2021).

In der mehrheitlich angenommenen Resolution äußern die Abgeordneten Besorgnis über ein mangelndes Verständnis von Partizipationsmechanismen bei Bürger*innen und insbesondere bei jungen Menschen. Sie fordern eine „neue europäische Dynamik“ in der politischen Bildung, um eine stärkere Beteiligung junger Menschen an Wahlen zu ermöglichen und die Verlockungen von Fehlinformationen, extremistischen und populistischen Diskursen einzuschränken.

In der Resolution wird Bedauern darüber geäußert, dass es keine gemeinsame Definition von politischer Bildung gebe und diese übermäßig politisiert werde. Zugleich hätten sich in den Lehrplänen einiger Mitgliedsstaaten zunehmende Spannungen zwischen der nationalen und europäischen Ebene gezeigt. Die Abgeordneten kritisieren, dass nur die Hälfte der EU-Schüler*innen angibt, in der Schule Gelegenheit gehabt zu haben, etwas über Europa zu lernen.

Gemeinsame freiwillige Lehrpläne?

Deshalb fordern sie die Kommission auf, eine unverbindliche Empfehlung mit „Lehrplänen zur politischen Bildung über die EU und die globale staatsbürgerliche Erziehung für die Primar-, Sekundar- und Hochschulbildung sowie

für die berufliche Bildung vorzuschlagen“, die von den Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis angenommen und gemeinsam mit Expert*innen aus den Mitgliedstaaten und der Bildungsgemeinschaft entwickelt werden sollen. Die Lehrpläne sollten unter anderem ein besseres Verständnis der Geschichte der europäischen Integration, der EU-Institutionen und ihrer Funktionen, der europäischen Wahl- und Entscheidungsprozesse sowie der Mittel zur Beteiligung der Bürger*innen am demokratischen Leben der EU fördern, fügen sie hinzu.

Der politische Konsens auf europäischer Ebene darüber, dass politische Bildung und die Vermittlung gemeinsamer europäischer Werte vorangebracht werden muss, habe bisher nicht zur Setzung konkreter Ziele, Vorgaben, Benchmarks und Handlungen geführt. Die Resolution kommt zu dem Schluss, dass

politische Bildung von einer Umsetzungslücke betroffen ist. Deshalb machen sich die Abgeordneten dafür stark, spezifische Ziele für die Politische Bildung zu entwickeln und zu evaluieren. In diesem Zusammenhang fordern sie verstärkt Forschung darüber, „wie sich politische Bildung effektiv vermitteln und bewerten lässt“ und fordern die Kommission auch dazu auf, einen gemeinsamen Kompetenzrahmen für die politische Bildung von Lehrkräften und Schüler*innen für die Schlüsselkompetenz „Bürgerschaft“ zu entwickeln.

„Angesichts der aktuellen Herausforderungen müssen wir dafür sorgen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger die Instrumente haben, um zu verstehen, was vor sich geht, um es zu analysieren und um herauszufinden, wie sie als Bürgerinnen und Bürger sinnvoll handeln können“, sagte die Berichterstatterin



Geht so Politische Bildung? Das EU-Parlament fordert u. a. die Errichtung von Denkmälern, um Symbole der europäischen Integration zu bieten. Europadenkmal Sankt Germanshof.

Domènec Ruiz Devesa (S&D, ES) in der Plenardebatte vor der Abstimmung. „Wenn man nicht weiß, wie Europa funktioniert, wenn man seine Werte nicht kennt, wenn man nicht weiß, wie das demokratische System funktioniert, und wenn man nicht weiß, welche Möglichkeiten es bietet und welche Rechte es verleiht, dann ist es sehr schwierig, ein aktiver Bürger zu sein. Wenn wir unsere Bürger nicht in die Lage versetzen, ihre Rechte wahrzunehmen, berauben wir sie der Möglichkeit, sich bürgerschaftlich zu engagieren und politisch aktiv zu sein.“

Die Frage nach der Rolle der EU in der Bildungspolitik wurde kürzlich auch von den EU-

Bürger*innen im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas (CoFoE) aufgeworfen, die im Mai zu Ende gegangen war, berichtet das Portal *EURACTIV*. „Um die EU in die Lage zu versetzen, ein Thema zu einem verbindlichen Bestandteil der Bildung in der gesamten EU zu bestimmen, wäre [...] eine Vertragsänderung erforderlich“, heißt es in der technischen Bewertung der CoFoE-Vorschläge. „Ich sehe nicht viele Mitgliedsstaaten, die bereit sind, diese Kompetenzen an die europäische Ebene abzutreten“, sagte Johannes Greubel vom European Policy Centre gegenüber *EURACTIV*.

(*EURACTIV*, br/la)

Positionspapier zur Politischen Medienbildung

Die Zentralen für politische Bildungsarbeit haben ein Positionspapier zur Politischen Medienbildung veröffentlicht. Ausgangspunkt des Positionspapiers ist die Feststellung, dass die Digitalisierung einen tiefgreifenden Umbruch mit sich bringt. Sie betrachten es daher als ihre Aufgabe, die Ambivalenz von Medienwandel und Digitalisierung herauszuarbeiten und sowohl Chancen als auch Risiken zu thematisieren. Es wird anschließend dargelegt, warum politische Bildung und Medienbildung im digitalen Zeitalter verknüpft werden müssen und weshalb eine rein medienpädagogisch ausgerichtete Medienbildung für politische Bildungsziele nicht ausreichend sei. „Die Zentralen der politischen Bildung arbeiten daher daran, eine politische Medienbildung zu etablieren, welche die Reflexion von technischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der Digitalisierung, den selbstbestimmten Umgang mit Daten sowie die Teilhabe aller Gesellschaftsmitglieder umfasst. Medienkompetenz bildet nicht lediglich die Voraussetzung für politische Bildung; vielmehr bedarf es einer spezifisch politischen Medienbildung, die den souveränen Umgang mit etablierten journalistischen und neuen Medienwelten als integralen Bestandteil politischer Beteiligung der Menschen in diesem Land versteht.“

Darauf aufbauend formulieren sie Forderungen für eine zeitgemäße politische Medienbildung. Konkret fordern sie u.a. zusätzliche Ressourcen für ihre Arbeit, den diversitätssensiblen Abbau von Barrieren innerhalb der politischen Medienbildung, Angebote für erwachsene Zielgruppen und eine personelle Stärkung für länderübergreifende digitale Formate einer handlungsorientierten Europabildung.

(br/la)

Kinderreport 2022: Breite Mehrheit für eine generationengerechte Politik für Kinder und mit Kindern

Ein Großteil der Bevölkerung in Deutschland fordert laut einer repräsentativen Umfrage für den Kinderreport 2022 des Deutschen Kinderhilfswerkes die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz, um die Interessen von Kindern und Jugendlichen in Zukunft besser zu berücksichtigen.

64 Prozent der Kinder und Jugendlichen sprechen sich laut der Befragung dafür aus, dass das Wahlalter auf 16 Jahre abgesenkt wird und das Thema Politik im Schulunterricht eine größere Rolle spielt. Bei den Erwachsenen ist das Meinungsbild in dieser Frage gespalten. 49 Prozent halten die Absenkung des allgemeinen Wahlalters auf 16 Jahre in Verbindung mit mehr politischer Bildung in Schulen für eine sinnvolle Maßnahme, 50 Prozent lehnen das ab.

Die Schaffung eines Ständigen Beirats für Kinder- und Jugendbeteiligung bei der Bundesregierung, in dem auch Kinder und Jugendliche selbst vertreten sind, befürworten 80 Prozent der Kinder und Jugendlichen und 66 Prozent der Erwachsenen. 76 Prozent der Kinder und Jugendlichen sehen mehr Kinder- und Jugendparlamente in den Städten und Gemeinden als sinnvolle Maßnahme an, und auch 63 Prozent der Erwachsenen sprechen sich für den Ausbau von Kinder- und Jugendparlamenten aus.

(br/la)

GEMINI fordert Ausbau der politischen Jugendbildung im Kinder- und Jugendplan

In einer Stellungnahme macht die Gemeinsame Initiative der Träger Politischer Jugendbildung (GEMINI) im Bundesausschuss Politische Bildung deutlich, wo sie aktuell Schwerpunkte setzen und welche Weiterentwicklungen und Stärkungen des Arbeitsfeldes es aus ihrer Perspektive braucht, um Politische Bildung wirkungsvoller zu machen.

Die Träger beobachten mit Sorge, dass „häufig aufgesetzte, oftmals thematisch verengte und befristete Notfallprogramme, die das Bild der politischen Bildung als kurzfristig herbeigerufener Brandlöscher bedienen“ genutzt werden und fordern, dass der Kinder- und Jugendplan und das Programm politische Jugendbildung bedarfsgerecht ausgestaltet und erfolgreiche Sonderprogramme verstetigt werden. Deren Verfahren leisten einen essenziellen Beitrag zur Erreichung der Trägerautonomie, garantieren bundesweite Reichweite, sichern die Qualität auf Ebene der Dachverbände und ermöglichen bürokratisch schlanke Verfahren. Sie sind aus Sicht der Träger geeigneter, um schnelle Wirkungen angesichts aktueller Herausforderungen zu erzielen.

Angesichts der Nachwirkungen der letzten Pandemiejahre fordert GEMINI zudem, dass die Außerschulische Jugendbildung bei Sonderprogrammen mitbedacht wird.

(br/la)

Bundeswehr: 0,006 Prozent des Gesamtetats für politische Bildung

Wegen stark steigender rechtsextremer Verdrachtsfälle, Ermittlungen und zahlreicher Entlassungen rechtsextremistischer Soldaten steht die Bundeswehr seit langem in der Kritik. Ihrem Rechtsextremismusproblem begegnet die Bundeswehr laut ihrer Webseite mit „Null Toleranz“: „Die Bundeswehr will keine Extremisten in ihren Reihen“. Deshalb sei sie präventiv tätig: „Mit politischer Bildung beispielsweise“ trete sie extremistischem Gedankengut entgegen. Schließlich solle „jeder Soldat der Bundeswehr nicht „nur“ Uniformträger sein, sondern ein mündiger, gut informierter Staatsbürger in Uniform.“

Wie eine Ministeriumssprecherin dem Online-Magazin *MiGAZIN* mitteilte, wurden 2021 rund 3 Millionen Euro für politische Bildung ausgegeben (2020: 2,7 Mio.). „Angesichts des Gesamtetats von knapp 47 Milliarden Euro entspricht das 0,006383 Prozent aller Ausgaben. Damit investiert die Bundeswehr bei 183.427 Soldaten etwas mehr als 16 Euro pro Soldat und Jahr“, so *MiGAZIN*. Aus dem 100-Milliarden-Sondervermögen soll kein einziger Cent in die politische Bildung fließen, teilte eine Ministeriumssprecherin dem Magazin mit.

Im Koalitionsvertrag hatten SPD, Grüne und FDP „Maßnahmen der politischen Bildung“ in der Bundeswehr vereinbart. Sie sollen „zeitgemäß ausgestaltet und ausgebaut“ werden, wie *MiGAZIN* erinnert. „Im Haushaltsplan 2022 ist das noch nicht zu erkennen. Politische Bildung der Truppe ist weiter unter „Sonstiges“ zusammengefasst“, heißt es weiter.



„Null Toleranz“ für unsaubere Stiefel.
Reinigungsanlage der Bundeswehr.

Abbau politischer Bildung in Polen

Wie die *Deutsche Welle* (DW) berichtete, treibt die nationalkonservative Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) den zentralistischen Umbau von Staat und Gesellschaft in Polen weiter voran. Nachdem bisher vor allem Justiz und Medien betroffen waren, sei nun das Schulwesen verstärkt an der Reihe.

Besonders umstritten ist das „Lex Czarnek“, wie ein Gesetz nach dem Bildungsminister Przemyslaw Czarnek genannt wird, das neue Verfahren bei Unterrichtsangeboten von Nichtregierungsorganisationen etablieren soll. „Sie haben die Schulen politisiert, wir wollen sie entpolitisieren“, zitiert die DW den Bildungsminister Czarnek. Auch der Vize-Parlamentsschef Ryszard Terlecki macht die Erwartungen seiner Partei an Schulprogramme deutlich. Die Schulbildung solle junge Polen zu Patrioten machen und wenn sie Patrioten seien, würden sie PiS wählen, sagte der PiS-Politiker am Rande einer Parlamentssitzung am 3. Januar zu Journalist*innen. Die pädagogische Aufsichtsbehörde solle dank dem Gesetz zukünftig besser aufpassen können, dass die Unterrichtsinhalte in allen Schulen „gleich und nicht demoralisierend“ seien.

Kritiker*innen des Gesetzes fürchten hingegen, dass nach seinem Inkrafttreten keine Veranstaltungen mehr zu Themen stattfinden könnten, die von Polens Regierenden als kontrovers gesehen werden, etwa zu Sexualkunde oder zu Aufklärung über LGBTQ. Nachdem der Staatspräsident Andrzej Duda im März ein Veto gegen die umstrittene Bildungsreform eingelegt hat, wird diese nun im Herbst in überarbeiteter Form zurück in die erste Parlamentskammer gebracht.

Aber die „Lex Czarnek“ ist nicht das einzige

Vorhaben der polnischen Rechten, um die Lehrpläne mit ihrer Geschichtspolitik und ihrem Verständnis von Patriotismus in Einklang zu bringen, schreibt die DW. Mit dem Beginn des neuen Schuljahres im September soll das neue Fach „Geschichte und Gegenwart“ den Unterricht über Gesellschaft und Staat ersetzen. Es werden nur etwa ein Viertel der bisherigen Inhalte übernommen. Die Stellungnahme der Historiker-Kommission der Polnischen Akademie der Wissenschaften (PAN) vom 5. Januar fällt entsprechend kritisch aus. In ihr ist von „einseitiger Interpretation“ historischer Ereignisse und Personen die Rede, wodurch die Gefahr einer „Ideologisierung oder sogar Indoktrinierung“ des Unterrichts entstehe. „Es wird immer weniger über die Notwendigkeit der politischen Bildung gesprochen, dafür mehr und mehr über patriotische Erziehung und eine Gemeinschaft aus Nation und Blut“, analysiert Alicja Pacewicz vom Center for Citizenship Education in Polen im Gespräch mit der Wochenzeitung *jungle world*. „Das ist keine adäquate politische Bildung für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“.

(dw, jungle world, br/la)



Demonstrantin gegen das „Lex Czarnek“ im Januar 2022



Fachbeiträge

Robert Brumme

Digitalisierung und Ungleichheit: Zum Potenzial digitaler Technik, soziale Ungleichheit zu verringern

Das frühe Internet war angetreten als der große Gleichmacher und Weltverbesserer. Die noch junge Netzgemeinschaft träumte von einer (digitalen) Welt, in der soziale Kategorien und daraus resultierende Ungleichheiten im Zugang zu Ressourcen oder Möglichkeiten der Mitbestimmung überwunden waren (Thiel 2014, S. 465ff.). Entscheidend sollte nur sein, wie man sich einbrachte, was man tat und sagte und nicht, wie man aussah, wessen Kind man war oder wo man geboren wurde. Diese Hoffnungen wurden durch ein spezifisches Menschenbild hervorgerufen und konkrete Erwartungen an Technik sollten zu einer besseren Gesellschaft führen. Ein Bedeutungsverlust sozialer Kategorien wie Alter, Ethnie, Geschlecht, Vermögen, Habitus etc. wurde angenommen, da diese Kategorien im textilen Austausch des damaligen Digitalhandelns (in Diskussionsforen oder Newsgroups) lediglich eine untergeordnete Rolle spielten. Vorstellungen von Kommunikation per Video-Bildschirm existierten zwar bereits weit vor dem Beginn der Digitalisierung (Forster 2011 [1909]), behinderten die utopistischen Annahmen von Gleichstellung im Diskurs jedoch nicht. Vielmehr schien die Lösung eines fundamentalen Problems der Gestaltung von Gesellschaft – die ungleichen Vor- und Nachteile der Menschen im Aushandlungsprozess einer Gesellschaftsordnung (Rawls 1999 [1971], S. 10ff.) – durch die Kommunikationspraktiken im Internet in greifbare Nähe ge-

rückt. Die technische Verfasstheit des noch jungen Netzes, ein *technologischer* „Schleier des Nichtwissens“ schien eine bessere Gesellschaft fast schon zu erzwingen.

Im Silicon Valley träumte man ebenfalls schon immer davon, die großen Probleme der Menschheit zu lösen (Morozov 2013, S. viiff.): Sei es die Abwendung der bevorstehenden Klimakatastrophe (Rolnick et al. 2019) oder die digitale Vernetzung aller Menschen (Zuckerberg 2017). Die Frage nach der Verringerung sozialer Ungleichheit ist dabei selten zentral. Und wenn, dann ist sie äußerst simpel schraffiert und zumeist eher durch den Versuch gekennzeichnet, *allen* Menschen den Zugang zu spezifischen Technologien zu ermöglichen (man denke an Slogans wie „broadcast yourself“ von YouTube oder „connecting the world“ von Facebook). Soziale Ungleichheit und deren Minderung wird im Silicon Valley bisweilen recht eindimensional und technikorientiert gedacht und ist zuvörderst ein Problem, dass durch *Technik* schlicht *gelöst* werden kann. Doch ist soziale Ungleichheit überhaupt prinzipiell überwindbar *und kann sie durch technischen Fortschritt überwunden werden?*

Das Nachdenken über soziale Ungleichheit hat eine lange Tradition in den Sozialwissenschaften, auch wenn es weder Einigkeit über die Entstehung sozialer Ungleichheit, ihrer sozialen Funktion, ja noch nicht einmal über die Ursprünge des *Nachdenkens* über

soziale Ungleichheit gibt (Graeber & Wengrow 2022). Je nach theoretischen Vorlieben und Perspektive ist soziale Ungleichheit mal die Folge der Vorteilsnahme Einiger und Le-

Robert Brumme ist Soziologe am Institut für Soziologie & Demographie und Mitarbeiter an der Arbeitsstelle Politische Bildung der Universität Rostock sowie Gründungsmitglied des „Rostocker Institut für Sozialforschung und gesellschaftliche Praxis e. V.“



gitimation Vieler (Rousseau 2019 [1750]), mal Folge eines notwendigen Anreizsystems moderner Gesellschaften (Davis & Moore 1945) und mal bestimmt durch den Zugang von Individuen zu Produktionsmitteln und Mehrwert (Poulantzas 1975, S. 68). Einigkeit besteht jedoch größtenteils über das konkrete Verständnis von sozialer Ungleichheit: Der Begriff meint dann zumeist den ungleichen Zugang von Menschen (als Angehörige einer Gruppe) zu sozialen Positionen in der Gesellschaft, welche systematisch mit vorteilhaften oder nachteiligen Handlungs- und Lebensbedingungen verbunden sind (Solga et al. 2009, S. 15). Die Mitglieder einer Gesellschaft verfügen demnach nicht alle über die gleichen Lebensbedingungen je nachdem wie sie (oder ihre Eltern oder die soziale Gruppe, der sie an-

gehören) über Zugang zu wertvollen, systematisch ungleich verteilten Verwirklichungschancen verfügen. Hier stellen sich folgende Leitfragen: Welchen Beitrag vermag Technik respektive digitale Technik beim Abbau sozialer Ungleichheit bzw. bei der Minderung ihrer Auswirkungen zu leisten? Kann Technik eine egalitäre Gesellschaft ermöglichen? Führt technischer Fortschritt sogar zwangsläufig zu dieser?

Stellen wir uns eine hypothetische Gesellschaft vor: Zwei Gruppen, getrennt durch eine unüberwindbare Mauer. Die Seite der bevorteilten Gruppe verfügt über einen beständigen Zufluss an Ressourcen und lebt im Überfluss, während das Leben auf der anderen Seite, der Seite der Benachteiligten, von Mangel und Verzicht gekennzeichnet ist. Die Mauer grenzt die Gruppen voneinander ab und es gibt keine Möglichkeit sie zu überwinden oder Ressourcen zwischen den Gruppen umzuverteilen. Die Menschen auf der bevorteilten Seite haben aufgrund des Überflusses ausreichend Zeit zu forschen, nachzudenken und neue Technologien zu entwickeln. Mit der Zeit stellen die Bevorteilten fest, dass sie über das technische Wissen verfügen, um unter Einsatz neuer Gerüstbautechniken Ressourcen auf die andere Seite der Mauer zu schaffen. Sie verfügen auf einmal über die *technischen* Möglichkeiten, Ausgleich herzustellen und Ungleichheit zwischen den Gruppen abzubauen. Diese Kontingenzerweiterung von dem, was *möglich*, aber nicht *zwingend* ist, wurde durch Technik hervorge-

rufen. Die technologische Weiterentwicklung versetzte die *bevorteilte* Gruppe der Gesellschaft in die Lage, die Stratifikation innerhalb der Gesellschaft zu verändern, die Ressourcenverteilung anzupassen, Lebenschancen zu verändern und Ungleichheit zu verringern. Jedoch wurde der Bau der Gerüste aufgeschoben, es entbrannten Diskussionen darüber, ob und wenn ja wie viele Ressourcen verteilt werden sollten und was geschehen würde, wenn die Mauer in Zukunft sogar von Menschen überwunden werden könnte. Es scheint, dass technische Machbarkeit allein kein Antrieb gesellschaftlicher Veränderung sein kann. Denn Technologien verändern nicht aus sich heraus, mit ihrem In-die-Welt-Treten Gesellschaften. Neue Technologien und technische Artefakte eröffnen lediglich *Möglichkeitsräume* für gesellschaftliche Veränderungen. Sie überführen gesellschaftliche Bereiche und Prozesse in den Zustand prinzipieller Kontingenz bzw. potenzieller Andersartigkeit (Luhmann 1987, S. 152). Gesellschaftliche Veränderungen werden dann *möglich*, aber nicht zwingend *notwendig*. Technik erweitert nur die Möglichkeitshorizonte, wie Gesellschaft *sein könnte*.

Technik ist weder gut noch schlecht, noch ist sie neutral (Kranzberg 1986, S. 545). Technik ist durchzogen von Macht, sie bevorteilt bestimmte Gruppen und benachteiligt andere. Denn der gesamte Prozess, an dessen Endpunkt (digitale) Produkte stehen, ist durchzogen von den Auswirkungen sozialer Ungleichheit in der Gesellschaft. Und die An-

nahme, der hier gefolgt wird, ist, dass diese Ungleichheit *in* Technik eingeschrieben wird und „aus ihr heraus“ wirkt, ja möglicherweise durch die technischen Entwicklungen und neuartigen digitalen Produkte sogar verstärkt wird. Der Einfluss sozialer Ungleichheit beginnt bereits beim Nachdenken über mögliche technische Entwicklungen, beim Sammeln von Ideen oder beim Erkennen von scheinbarer gesellschaftlicher Notwendigkeit für die Entwicklung bestimmter Technologien. Denn nicht allen Mitgliedern der Gesellschaft ist ein Zugriff auf Positionen, die dies ermöglichen, gegeben. Die Ressourcenausstattung aus dem Elternhaus, Zugänge zu bestimmten sozialen Netzwerken, Bildungsungleichheiten oder habituelle Vorteile führen dazu, dass es zumeist gut gebildete, gut sichtbare, weiße, einflussreiche, zumeist männliche Menschen sind, die auf machtvollen Positionen der Technologieentwicklung landen. Menschen werden auf diesen begünstigten Positionen primär solche Technologien und digitalen Angebote und Güter entwickeln, die für ihre ganz spezifische Lebensrealität sinnstiftend, vorteilsbringend und ermächtigend sind. Sie werden Produkte entwickeln, die aus ihrer hochgradig subjektiven Sicht auf Welt und Gesellschaft heraus vorteilhaft sind, das Leben erleichtern oder schlicht ein gutes Gefühl hinterlassen. Es ist dabei überhaupt nicht notwendig zu unterstellen, dass dies absichtlich mit der Motivation, Ungleichheit zu manifestieren geschieht, doch individuelles Handeln ist immer nur in einem subjektiven Weltzugang sinnstiftend. Daher entwickelte Mark Zuckerberg ein *social network* wie Facebook primär für sich, für seine subjektive Lebenswelt, für Menschen, die so sind wie er und gerade nicht für flüchtende Rohingya, Arbeitslose in Berlin Marzahn oder alleinerziehende Mütter in Peru – auch wenn er dies möglicherweise von sich selbst denkt. Was vermag digitale Technologie, die in solch einer von der Ungleichheit der Zugänge dominierten Umgebung entsteht, nun also zu leisten? Wird sie benachteiligte Gruppen ermächtigen, Unsichtbare sichtbar werden lassen, Marginalisierten Gehör verschaffen oder Abgehängte und Prekarierte zurück in die Mitte der Gesellschaft führen? Oder werden diese digitalen Technologien vielmehr ohnehin schon Sichtbare noch sichtbarer werden lassen, ökonomisch Bevorteilte weiteres Vermögen anhäufen lassen und ein-



Foto: pixabay

flussreiche Menschen befähigen, noch mehr Einfluss zu sammeln?

Die Antwort auf diese Frage ist nicht eindeutig. Natürlich gibt es hier und da absichtsvolle digitale Ansätze, die einzig und allein darauf abzielen, die Ungleichheit benachteiligter Gruppen der Gesellschaft mit Hilfe digitaler Technologien abzubauen, diesen Menschen Gehör zu verschaffen oder sie aus ökonomisch nachteiligen Lebenslagen herauszuholen. Ein blindes Vertrauen in den technischen Fortschritt als Voraussetzung für eine bessere Gesellschaft mit gleichen Lebens- und Verwirklichungsschancen für alle Menschen ist unbegründet. Denn solange der Zugang zur Entwicklung von relevanter digitaler Technologie derart selektiv ist, gibt es keinen Grund davon auszugehen, dass Technik einfach so, aus sich heraus zu einer Verringerung sozialer Ungleichheit führt.

Es profitieren dann jene von diesen ermöglichenden, freisetzenden Technologien, die sich in bevorteilten Positionen befinden. Illustrieren lässt sich dieser Vorgang der Benachteiligung bereits marginalisierter Gruppen trotz erwarteter Selbstbemächtigung anhand bekannter Beispiele der Digitalisierung: So beschreibt die Wissenskluft-Hypothese, wie benachteiligte Bevölkerungsgruppen durch die wachsende Verfügbarkeit von immer mehr lebensweltlich relevanten Informationen und Wissensbeständen (zugänglich über Massenmedien oder dem Internet) entgegen der Erwartung, den „Abstand“ zu den oberen Schichten nicht etwa verringern, sondern dieser sogar zunimmt (Tichenor et al. 1970). Die Kluft zwischen den Schichten wird größer, da bereits Bevorteilte die neuen Wissensbestände effektiver zur Verbesserung von Lebenschancen nutzen können. Auch die digitalen Möglichkeiten der gesellschaftlich-politischen Einflussnahme, die das Internet bietet, werden von den verschiedenen Gruppen unterschiedlich intensiv genutzt. So führen Unterschiede in den digitalen Nutzungspraktiken und -kompetenzen zwischen den sozialen Gruppen dazu, dass bereits bevorteilte Gruppen viel besser in der Lage sind, ihren politischen Willen zu artikulieren (und dann auch durchzusetzen), als abgehängte und benachteiligte Gruppen (Zillien 2006, 70ff.). Technische Möglichkeiten der digitalen Wissensaneignung oder der Einflussnahme führen hier also nicht einfach aus sich heraus

zu einem Abbau sozialer Ungleichheit, sie befähigen nicht alle Menschen gleichermaßen, sondern sie scheinen das Ausmaß sozialer Ungleichheit im Gegenteil noch zu vergrößern.

Die „soziale Unausgewogenheit“ von Technik – entwickelt von bereits privilegierten, einflussreicheren, machtvolleren Gesellschaftsmitgliedern – hat demnach also eine direkte Verbindung zur Thematik der politischen Bildung, des gesellschaftlichen Engagements oder der Demokratieförderung. Denn wenn digitale Technik zumeist jene befähigt und fördert, die bereits überdurchschnittlich hohe Mitbestimmungs- und Teilhabechancen haben, führt dies zu einer demokratischen Schieflage. Dann sind es insbesondere Kinder und Jugendliche aus bessergestellten Haushalten, die das Internet für Aktivismus und politische Einflussnahme nutzen. Es sind jene Schülerinnen und Schüler mit hoher Kapitalausstattung, die von den Wissensangeboten des Internet profitieren und nochmals bessere Abschlüsse erreichen und dann auf machtvollen Positionen der Gesellschaft landen und Einfluss ausüben. Jene Menschen hingegen, für die der Zugang zum Netz eine ökonomische Herausforderung ist, adäquate Netz- bzw. Mediennutzung eine kompetenzielle Hürde darstellt und die digitalen Angebote häufiger zur Unterhaltung und seltener für gesellschaftliches, politisches Engagement nutzen, verlieren dann anteilig an Einfluss und demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten – sie werden durch digitale Technik marginalisiert.

Die Digitalisierung hat das Potenzial, Gesellschaften zu verändern, weil digitale Technologien und Anwendungen per se beispiellos Möglichkeitsräume erweitern und Kontingenz steigern (Brumme 2020, S. 25ff.). Doch das Vorhandensein von technisch-sozialen Potenzialen führt nicht aus sich heraus zu einer besseren Gesellschaftsordnung oder zum Abbau sozialer Ungleichheit. Im Gegenteil, es besteht sogar die Gefahr, dass in einer von Ungleichheit gekennzeichneten Gesellschaft, der Status Quo durch einen unreflektierten Glauben an die ausgleichende Wirkung von Technik manifestiert wird. Die Gefahr, auf die technikinduzierte Verbesserung der Welt zu warten, führt vielleicht sogar zu einer Lethargie bzw. Verantwortungsdiffusion (oder besser: Erwartungsdiffusion) – weg vom Menschen, hin zu Technik – und zu einer unbegründeten

Hoffnung, dass es die Technik schon richten wird, wenn es eigentlich an uns ist, Gutes zu tun. Denn Veränderung und Verbesserung der Lebensverhältnisse kann nur durch Mitglieder der Gesellschaft angestrebt und herbeigeführt werden und dann auch nur, wenn dies nicht paternalistisch erfolgt, sondern die Prozesse transparent, demokratisch, inklusiv und selbstbestimmt sind. Technik kann dabei helfen, diese Ziele zu verwirklichen, sie wird aber nie Triebkraft von sozialen Veränderungen sein.

Literatur

- Brumme, R. (2020): Zur Entfaltung des „Digitalen“ in der Welt. Strukturen, Logik und Entwicklung. Dissertation. Weinheim Basel.
- Davis, K./Moore, W. E. (1945): Some Principles of Stratification. In: American Sociological Review 10 (2), S. 242.
- Forster, E. M. (2011 [1909]): The Machine Stops. London.
- Graeber, D./Wengrow, D. (2022): Anfänge. Eine neue Geschichte der Menschheit. Stuttgart.
- Kranzberg, M. (1986): Technology and History: 'Kranzberg's Laws'. In: Technology and Culture 27 (3), S. 544–560.
- Luhmann, N. (1987): Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie. Frankfurt am Main.
- Morozov, E. (2013): To Save Everything, Click Here. The Folly of Technological Solutionism. New York.
- Poulantzas, N. (1975): Politische Macht und gesellschaftliche Klassen. Deutsche Erstausgabe, 2. Aufl. Frankfurt am Main.
- Rawls, J. (1999 [1971]): A Theory of Justice. Revised Edition. Cambridge.
- Rolnick, D./Donti, P.L./Kaack, L.H./Kochanski, K./Lacoste, A./Sankaran, K. et al. (2019): Tackling Climate Change with Machine Learning. Online verfügbar unter <http://arxiv.org/pdf/1906.05433v2>, zuletzt geprüft am 31.03.2022.
- Rousseau, J.-J. (2019 [1750]): Diskurs über die Ungleichheit. Discours sur l'inégalité (Edition Meier). 7. Aufl. Paderborn.
- Solga, H./Powell, J.J.W./Berger, P.A. (Hg.) (2009): Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse. Frankfurt am Main, New York.
- Thiel, Th. (2014): Die Schönheit der Chance: Utopien und das Internet. In: Juridikum: Zeitschrift für Kritik, Recht, Gesellschaft 15 (4), S. 459–471.
- Tichenor, P. J./Donohue, G.A./Olien, C.N. (1970): Mass Media Flow and Differential Growth in Knowledge. In: Public Opinion Quarterly 34 (2), S. 159.
- Zillien, N. (2006): Digitale Ungleichheit. Neue Technologien und alte Ungleichheiten in der Informations- und Wissensgesellschaft. Wiesbaden.
- Zuckerberg, M. (2017): Bringing the World Closer Together, 2017. Online verfügbar unter https://m.facebook.com/nt/screen/?params=%7B%22note_id%22%3A393134628500376%7D&path=%2Fnotes%2Fnote%2F, zuletzt geprüft am 31.02.2022.

Leonie Wunderlich, Sascha Hölzig

Informationsorientierung junger Menschen im digitalen Medioumfeld – Herausforderungen und Potenziale für die Politische Bildung

Einleitung

In unserem heutigen digitalen Medioumfeld haben sich die Voraussetzungen für die Produktion, Verbreitung und Nutzung von Nachrichten und damit die Art und Weise, wie sich die Gesellschaft informiert, erheblich verändert. Letzteres ist insbesondere bei Ju-



Leonie Wunderlich ist Junior Researcher am Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut in Hamburg.



Dr. Sascha Hölzig ist Senior Researcher am Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut in Hamburg.

gendlichen (14- bis 17-Jährigen) und jungen Erwachsenen (18- bis 24-Jährigen) zu beobachten. Ihre Nachrichtennutzung unterscheidet sich stark von der älterer Generationen (Antunovic et al. 2018; Gottfried/Shearer 2017). Junge Menschen zeichnen sich tendenziell durch ein geringeres allgemeines Interesse an Nachrichten und Politik aus und konsumieren weniger und passiver Nachrichten (Hölzig/Hasebrink/Behre 2021; Tamboer et al. 2020). Dabei spielen online Medien und soziale Netzwerkseiten eine große Rolle, vor allem wenn es um den zufälligen Kontakt mit nachrichtlichen Inhalten sowie den Austausch darüber geht (Craft et al. 2016; Kümpel 2020).

Neben der Nutzung haben sich auch die Fähigkeiten, die es braucht, um sich im digitalen Medioumfeld zurechtzufinden, stark verändert. Entsprechend groß sind die Herausforderungen für die politische

Bildung bei der Frage, wie die Medien- und Nachrichtenkompetenz junger Menschen gestärkt werden kann, wobei der Schule als Ort der Kompetenzvermittlung eine wichtige Rolle zukommt. In diesem Beitrag stellen wir die #UseTheNews-Studie zur Nachrichtennutzung und Kompetenz junger Menschen vor und leiten Anknüpfungspunkte für die (politische) Bildung ab. Dazu werden zunächst das Gesamtprojekt sowie das Verständnis von Nachrichtenkompetenz umrissen. Im Anschluss werden die vier identifizierten Typen der Informationsorientierung vorgestellt, wobei ein besonderer Blick auf den Aspekt der Selbstwirksamkeit von Jugendlichen geworfen wird. Zuletzt werden Anknüpfungspunkte für die Stärkung der Informationskompetenz in der politischen Medienbildung aus den Erkenntnissen der #UTN-Studie abgeleitet.

#UseTheNews-Studie zur Nachrichtennutzung und Kompetenz

Obwohl digitale Informations- und Kommunikationsplattformen das Potenzial für die umfassende Information und Partizipation weiter Bevölkerungsteile mit sich bringen, ist zugleich zu beobachten, dass die Reichweiten der meisten etablierten Nachrichtenmedien sinken, ohne dass die Nutzung digitaler Angebote in gleichem Umfang ansteigt; die Zahlungsbereitschaft für digitale Nachrichten ist gering ausgeprägt (Hölzig et al. 2021). In Studien mehrten sich die Hinweise darauf, dass Teile der Bevölkerung dazu tendieren, Nachrichten gezielt zu meiden oder Kontakte nur noch beiläufig entstehen (Villi et al. 2021).

Vor diesem Hintergrund hat die Deutsche Presse-Agentur (dpa) gemeinsam mit der Behörde für Kultur und Medien der Freien und Hansestadt Hamburg das Projekt #UseTheNews ins Leben gerufen, innerhalb dessen die Nachrichtenkompetenz von Jugendlichen und jungen Erwachsenen erforscht und gefördert werden soll (zu Methode, Forschungsdesign

und Ergebnissen siehe <https://leibniz-hbi.de/de/search?q=%23UseTheNews>).

Nachrichtenkompetenz

In vielen wissenschaftlichen und bildungspolitischen Diskussionen wird der Begriff der „Nachrichtenkompetenz“ sehr vielschichtig verwendet. Während im Kontext der politischen Bildung das Verhältnis von Medien und Politik im Fokus steht, meint der Begriff in der Regel auf Nachrichten bezogenes Wissen und Fähigkeiten, wie zum Beispiel die Unterscheidung journalistischer Darstellungsformen und Geschäftsmodelle oder das Erkennen von Journalismus und PR. Jedoch reicht es für die Erfüllung demokratiethoretisch begründeter Erwartungen an Mediennutzerinnen und -nutzer nicht aus, über Journalismus und Nachrichten Bescheid zu wissen. Sie sollten auch motiviert sein, diese zu nutzen und sie als relevanten Bestandteil ihrer eigenen Meinungsbildung ansehen.

Daher wurde in der #UTN-Studie Nachrichtenkompetenz in einem über Wissen und Können hinausgehenden Sinne konzipiert und nachrichtenbezogene Einstellungen, tatsächliches Handeln, zugeschriebene Meinungsbildungsrelevanz und die Informiertheit über öffentliche Belange berücksichtigt. Nachrichtenkompetenz in diesem umfassenden Sinne umschließt damit die Gesamtheit der Einstellungen und Praktiken, mit denen sich eine Person mit gesellschaftlich relevanten Angelegenheiten in Beziehung setzt. Sie lässt sich als das Zusammenspiel zwischen nachrichtenbezogenem Wollen, Handeln und Können verstehen. Die Beziehung von Menschen zu Nachrichten kann dementsprechend anhand der vier Teilkonzepte „Einstellung zu Nachrichten“, „Nachrichtennutzung“, „Informiertheit“ und „Meinungsbildungsrelevanz“ beschrieben werden. Durch dieses Verständnis kann nicht nur bestimmt werden, in welchem Ausmaß jeweilige Teilaspekte von Nachrichtenkompetenz bei Jugendlichen und

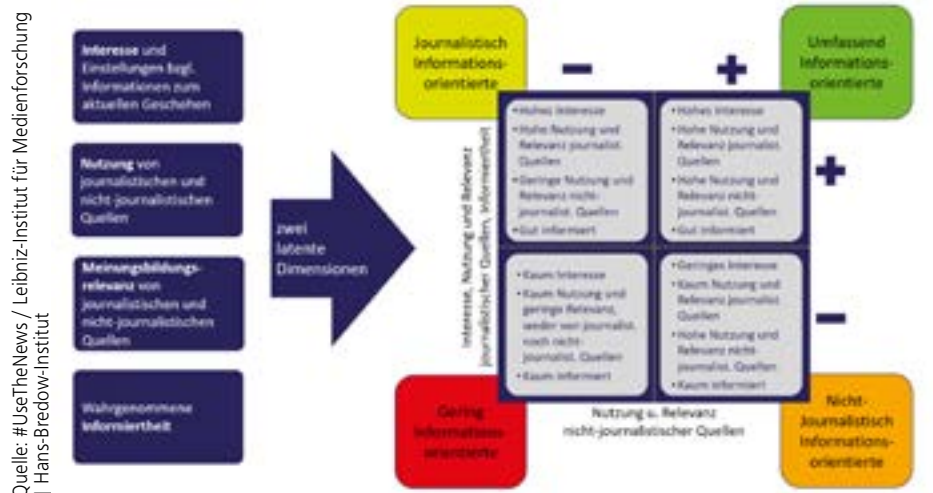


Abb. 1: Typen allgemeiner Nachrichtenorientierung

jungen Erwachsenen gegeben sind, sondern es ermöglicht Einblicke in spezifische Muster des Zusammenspiels der einzelnen Konzepte.

Typen der Informationsorientierung

Anhand der erhobenen Daten konnten vier Typen allgemeiner Informationsorientierung unterschieden werden, die sich aus einer jeweils spezifischen Kombination aus vorhandenem Interesse am aktuellen Geschehen, der Nutzung und Relevanzzuschreibung journalistischer bzw. nicht-journalistischer Informationsquellen sowie der wahrgenommenen Informiertheit konstituieren (Abbildung 1).

Journalistisch Informationsorientierte sind allgemein sehr an Nachrichteninformationen interessiert. Für sie ist es wichtig, über Neuigkeiten und aktuelle Ereignisse auf dem Laufenden zu sein. Sie schätzen sich als gut informiert ein und in ihren Informationsroutinen werden hauptsächlich journalistische Quellen genutzt. Nicht-journalistische Quellen, wie Influencer oder Stars, werden hingegen kaum genutzt. Journalismus hat hinsichtlich der Informationsorientierung für diesen Typus ein gewisses Alleinstellungsmerkmal.

Umfassend Informationsorientierte haben ein ausgesprochen großes Nachrichteninteresse und halten es für wichtig, gut informiert zu sein. Journalistische Quellen werden häufig genutzt und sind für die eigene Meinungsbildung sehr relevant. Gleiches gilt auch für nicht-journalistische Quellen. Auch diese werden in großem Umfang genutzt und als wichtig für die eigene Meinungsbildung erachtet. Journalistische Angebote haben für diesen

Typus keinen höheren Wert als nicht-journalistische Inhalte.

Gering Informationsorientierte verfügen über ein gering ausgeprägtes Nachrichteninteresse, und es ist ihnen auch nicht wichtig, gut informiert zu sein. Journalistische Quellen spielen im Informationsrepertoire keine Rolle und sie werden auch nicht als relevant für die eigene Meinungsbildung erachtet. Dies gilt gleichermaßen für nicht-journalistische Quellen. Auch diese werden kaum genutzt, um sich zu informieren, und sind dementsprechend auch nicht wichtig für die eigene Meinungsbildung.

Nicht-Journalistisch Informationsorientierte haben ebenfalls ein geringes Interesse an Nachrichten. Gut informiert zu sein, hat jedoch eine gewisse Wichtigkeit, und sie schätzen sich auch nicht als uninformatiert ein. Journalistische Quellen werden kaum genutzt und spielen in der eigenen Meinungsbildung nur eine geringe Rolle. Vielmehr werden nicht-journalistische Quellen herangezogen, um sich zu informieren und eine eigene Meinung zu bilden. Journalistischen Inhalten wird skeptischer begegnet als nicht-journalistischen.

Die Verteilungen der vier Typen der Informationsorientierung sind mit Bezug auf Alter und Bildung sehr unterschiedlich. Unter Jugendlichen ist im Vergleich zu den anderen Altersgruppen der Anteil der *gering informationsorientierten* (45%) am größten. Allerdings zeigen sich hier deutliche Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen: Während der Anteil *gering informationsorientierter* unter Jugendlichen mit bzw. auf dem Weg

zum Abitur ein Viertel (25%) ausmacht, ist der Anteil unter Jugendlichen mit formal geringerer Bildung mehr als doppelt so hoch (52%). Auffallend ist ebenfalls, dass sich die meisten Jugendlichen mit formal höherer Bildung (39%) umfassend informieren und sich dabei an journalistischen und nicht-journalistischen Angeboten orientieren. Dahingegen haben für die Mehrheit der jungen Erwachsenen rein journalistische Angebote einen hohen Stellenwert. Der Anteil derjenigen, die sich ausschließlich an nicht-journalistischen Akteurinnen und Akteuren orientieren, ist in beiden Alters- und Bildungsgruppen gering. Die (politische) Teilhabe junger Menschen innerhalb der Gesellschaft ist ein wichtiges Ziel der politischen Bildung, weshalb sich ein Blick auf den Zusammenhang zwischen den Typen der allgemeinen Informationsorientierung und der wahrgenommenen Selbstwirksamkeit von Jugendlichen lohnt. Mit letzterem ist der Eindruck, ob es sich lohnt, sich zu informieren, weil dies für demokratische Beteiligungsprozesse sinnvoll erscheint, gemeint (Ksiazek et al. 2010). Diesbezüglich unterscheiden sich die Wahrnehmung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen und auch die Typen der Nachrichtenorientierung erheblich. Während Befragte, die zumindest teilweise davon überzeugt sind, persönlich in Deutschland etwas bewirken zu können, zu großen Teilen als Journalistisch und Umfassend Informationsorientierte gelten können, gehören diejenigen, die diese Einschätzung nicht teilen, überwiegend zu den Gering und Nicht-Journalistisch Informationsorientierten (Abbildung 2). Es gibt Grund zu der Annahme, dass sich das Interesse an Nachrichten und die wahrgenommene Selbstwirksamkeit wechselseitig verstärken. Sich über gesellschaftliche Belange zu informieren, hat mehr Sinn, wenn das erlangte Wissen zur Mitgestaltung angewendet werden kann. Eine besondere Herausforderung der politischen Bildung scheint es daher zu sein, Jugendlichen politische Selbstwirksamkeit zu vermitteln und erfahrbar zu machen.

Anknüpfungspunkte für die Stärkung der Informationskompetenz in der politischen Medienbildung

Nachrichtenkompetenz kann als eine wechselseitige Verflechtung aus Nachrichteninteresse, Nachrichtennutzung, Meinungsbildungsrele-

vanz und Informiertheit verstanden werden. Insgesamt sehen viele junge Menschen keine individuellen Mitgestaltungsmöglichkeiten in Deutschland. Hinzu kommt, dass für eine Teilgruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen Angebote von nicht-professionellen Anbietern eine wichtige Rolle in der Informationsnutzung und für die Meinungsbildung darstellen. Vor dem Hintergrund einer funktionierenden Demokratie sind die Förderung und Vermittlung von entsprechenden Fähigkeiten und Kompetenzen, um sich in der heutigen digitalen Informationslandschaft zurecht zu finden, sowie das Erlernen demokratischer Teilhabe unumgänglich. Hierbei stehen neben den Nachrichtenanbietern, die verlässliche Angebote liefern und sich durch solides Handwerk von anderen meinungsstarken Akteuren abgrenzen müssen, insbesondere Bildungsinstitutionen in der Verantwortung. Aus den Ergebnissen der #UTN-Studie lassen sich drei Anknüpfungspunkte für die politische (Medien-)Bildung ableiten.

Alltagsrelevanz und Anschlussfähigkeit

Viele Jugendliche und junge Erwachsene äußern ein zurückhaltendes Interesse an Informationen über das aktuelle Geschehen und halten es auch nicht für ausgesprochen wichtig, sich dahingehend zu informieren. Die Ergebnisse der #UTN-Studie deuten darauf hin, dass dies mit einer fehlenden Sinnzuschreibung verknüpft ist. Nachrichteninformationen haben aus Perspektive vieler Jugendlicher und junger Erwachsener wenig mit ihrem Alltag zu tun, weshalb sie dementsprechend nicht als wichtig eingeschätzt werden. Daher erscheint es ratsam, die Alltagsrelevanz nachrichtlicher Informationen zu verdeutlichen und Anschlussmöglichkeiten herauszuarbeiten. Dies kann mit Perspektive auf die konkreten Inhalte von Nachrichten erfolgen, aber auch mit Bezug auf die sozialen Funktionen, wie zum Beispiel das Mitreden können im Kreise von Freunden und Familie, was vom Großteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen als wichtig erachtet wird.

(Politische) Mitgestaltung

Auffällig ist zudem der Befund, dass Jugendliche und junge Erwachsene, die der Meinung sind, sie persönlich könnten in Deutschland politisch etwas bewirken, ein größeres Interesse an Informationen über das aktuelle Ge-

schehen haben und es auch für wichtiger erachten, gut informiert zu sein als diejenigen, die für sich selbst keine Wege der Mitgestaltung sehen. Sind sich junge Menschen über ihre demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten bewusst, hat es für sie eher Sinn, sich zu informieren. Im Rahmen der politischen Bildung erscheint es daher ratsam, Jugendlichen die bestehenden Möglichkeiten, die mit der Teilnahme an Wahlen lange nicht erschöpft sind, noch besser zu verdeutlichen.

Wissensvermittlung

Das vorhandene Wissen über Funktionen und Arbeitsweisen des Journalismus weist unter Jugendlichen starke Defizite auf, insbesondere bei *Gering* und *Nicht-Journalistisch Informationsorientierten*. Daher erscheint es ratsam, der schulischen Medienbildung mehr Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Dabei sollten sowohl das Verständnis grundlegender Funktionen des Journalismus in einer Demokratie und der Strukturen des Mediensystems inkl. der Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, aber auch die Aufmerksamkeitsmechanismen von (sozialen) Medien und Einblicke über die Arbeitsweisen und Darstellungsformen des professionellen Journalismus und was diesen von anderen Akteuren unterscheidet, vermittelt werden.

Literatur

Antunovic, D./Parsons, P./Cooke, T. R. (2018): 'Checking' and googling: Stages of news consumption among young adults. *Journalism*, 19(5), 632–648.

<https://doi.org/10.1177/1464884916663625>

Craft, S./Ashley, S./Maksl, A. (2016): Elements of News Literacy: A Focus Group Study of How Teen-agers Define News and Why They Consume It. *Electronic News*, 10(3), 143–160. <https://doi.org/10.1177/1931243116656716>

Gottfried, J./Shearer, E. (2017): Internet closes in on TV as a source of news in U.S. Pew Research Center's Journalism & Media. <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2017/09/07/americans-online-news-use-vs-tv-news-use/>

Hasebrink, U./Hölig, S./Wunderlich, L. (2021): #UseTheNews: Studie zur Nachrichtenkompetenz Jugendlicher und junger Erwachsener in der digitalen Medienwelt. Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts. <https://doi.org/10.21241/SSOAR.72822>

Hölig, S. & Hasebrink, U. (2021). Reuters Institute Digital News Report 2021 – Ergebnisse für Deutschland. Hamburg: Verlag Hans-Bredow-Institut, Juni 2021 (Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts | Projektergebnisse Nr. 58).

Ksiazek, T. B./Malthouse, E. C./Webster, J. G. (2010): News-Seekers and Avoiders: Exploring Patterns of Total News Consumption across Media and the Relationship to Civic Participation. *Journal of Broadcasting & Electronic Media*, 54(4), 551–568. <https://doi.org/10.1080/08838151.2010.519808>

Kümpel, A. S. (2020): Nebenbei, mobil und ohne Ziel? Eine Mehrmethodenstudie zu Nachrichtennutzung und -verständnis von jungen Erwachsenen. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 68(1–2), 11–31. <https://doi.org/10.5771/1615-634X-2020-1-2-11>

Tamboer, S. L./Kleemans, M./Daalmans, S. (2020): 'We are a neeeew generation': Early adolescents' views on news and news literacy. *Journalism*, 1–17. <https://doi.org/10.1177/1464884920924527>

Villi, M./Aharoni, T./Tenenboim-Weinblatt, K./Boczkowski, P. J./Hayashi, K./Mitchelstein, E./Tanaka, A./Kligler-Vilenchik, N. (2021): Taking a Break from News: A Five-nation Study of News Avoidance in the Digital Era. *Digital Journalism*, 1–17. <https://doi.org/10.1080/21670811.2021.1904266>

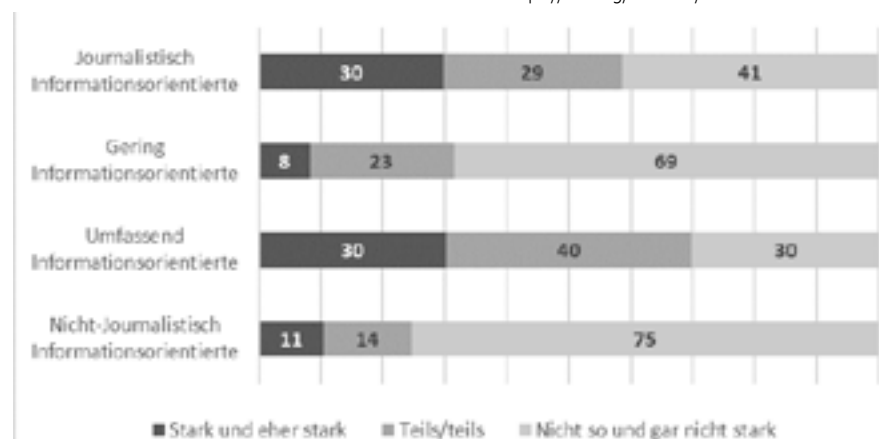


Abb. 2: Selbstwirksamkeit unter Jugendlichen nach Typen allgemeiner Nachrichtenorientierung (in Prozent)

Frage: Was würden Sie sagen, wie stark können Sie persönlich in Deutschland politisch etwas bewirken, z.B. durch die Teilnahme an Demonstrationen oder Unterschriftenaktionen, durch Parteimitarbeit oder ähnliches? (Basis 14- bis 17-Jährige: n= 494)

Manon Westphal

Politisches Handeln in digitalen Öffentlichkeiten: Orientierungen für die politische Bildung

Einleitung

Die Effekte der Digitalisierung auf die politische Öffentlichkeit sind komplex. Aus kritischer Warte wird oft betont, dass die Digitalisierung eine „unübersehbare Vielzahl unterschiedlichster Welten“ (Boehme-Neßler 2018, S. 31) schafft, in der jede Nutzerin und jeder Nutzer eine maßgeschneiderte „Zustimmungsumgebung“ (Binder/Tenorth 2017, S. 180) findet. Die Digitalisierung demokratisiert aber auch politische Debatten, indem sie Zugangshürden zu der Produktion und Verbreitung von meinungsbildenden Beiträgen eibnet (Celikates 2015, S. 167-168; Boehme-Neßler 2018, S. 43). Angesichts dieser ambivalenten Situation ist es eine wichtige Aufgabe zeitgenössischer politischer Bildung, Lernende für den selbstbestimmten Umgang mit digitalen Öffentlichkeiten zu befähigen. Dieser Beitrag entwickelt eine demokratietheoretische Perspektive auf die Frage, wie politische Bildung diese Aufgabe bewältigen kann.

In einem ersten Schritt führt der Beitrag einige grundlegende Überlegungen dazu aus, was es heißt, in digitalen Öffentlichkeiten selbstbestimmt politisch zu handeln. Hierbei nutzt er die Perspektive der radikalen Demokratietheorie, die aufgrund ihrer Sensibilität für die Rolle von Macht in der Politik und die Ausschlüsse in Diskursen besonders gut geeignet ist, Bedingungen politischen Handelns in digitalen Öffentlichkeiten zu reflektieren. In einem zweiten Schritt wird umrissen und anhand einiger Beispiele illustriert, welche Implikationen diese Überlegungen für die Kompetenzorientierung in der politischen Bildung haben.

Politisches Handeln in digitalen Öffentlichkeiten

Der „Beutelsbacher Konsens“ aus dem Jahr 1977 beschreibt ein allgemein anerkanntes Ziel politischer Bildung, wenn er definiert, dass politische Bildung den Lernenden in die Lage versetzen soll, „eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren,

sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen“ (Wehling 2016, S. 24; Hervorheb. i. O.). Die Kultusministerkonferenz hat 2016 in einem Strategiepapier mit dem Titel „Bildung in der digitalen Welt“ einen Kompetenzrahmen definiert, der umreißt, was es bedeuten könnte, diesen Anspruch unter Berücksichtigung der Besonderheiten digitaler Öffentlichkeiten umzusetzen. Politische Bildung solle „die selbstbestimmte Teilhabe an der digitalen Gesellschaft ermöglichen“ (KMK 2016, S. 10). Erforderlich seien hierfür etwa die Kompetenzen „öffentliche und private Dienste nutzen“, „Medienerfahrungen weitergeben und in kommunikative Prozesse einbringen“, „als selbstbestimmter Bürger aktiv an der Gesellschaft teilhaben“ (KMK 2016, S. 11) und „die Bedeutung von digitalen Medien für die politische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung kennen und nutzen“ (KMK 2016, S. 13).

Das sind jedoch sehr allgemeine Kompetenz-Überlegungen. Ohne die Frage nach dem Wesen politischen Handelns zu beantworten, bleibt unklar, was die Praxis politischer Bildung genau leisten sollte, um Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten eines selbstbestimmten Handelns in digitalen Öffentlichkeiten zu vermitteln. Weil es das Kerngeschäft der Demokratietheorie ist, über das Wesen von Demokratie und politischem Handeln zu reflektieren, lohnt es sich, Überlegungen zu einem Programm politischer Bildung ein demokratietheoretisches Fundament zu geben.

Natürlich gibt es im weiteren Feld der Demokratietheorie unterschiedliche Vorstellungen davon, was politisches Handeln auszeichnet. Ich beziehe mich hier auf die radikale Demokratietheorie, die einen vielversprechenden Ausgangspunkt für die gefragten Überlegungen zu bieten verspricht. Anders als viele deliberative Demokratietheorien geht sie nicht davon aus, dass Demokratie eine von Macht befreite, rationale öffentliche Kommunikation braucht, sondern nimmt an,

dass sich demokratische Politik in der kritischen Auseinandersetzung mit bestehenden Machtstrukturen und den jeweils erzeugten Ausschlüssen vollzieht. Damit ist sie besonders geeignet, die Debatte über demokratische Potenziale digitaler Öffentlichkeiten auf eine Weise zu führen, die über kritische Dia-

Dr. Manon Westphal ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsverbund „Kulturen des Kompromisses“ an der Universität Münster. Sie forscht und lehrt im Bereich politische Theorie und arbeitet schwerpunktmäßig zu Fragen des Umgangs mit Dissens und Konflikt in der Demokratie.



gnosen deliberativ-kommunikativer Defizite digitaler Öffentlichkeiten hinausweist.

Radikale Demokratietheoretikerinnen und -theoretiker nehmen an, dass es keine perfekt inklusive Ordnung geben kann, weil jede soziale Ordnung Ausschlüsse produziert (Laclau/Mouffe 2006, S. 166–167). Das Wesen demokratischer Politik besteht aus dieser Perspektive darin, bestehende Ausschlüsse in Frage zu stellen und Veränderungen bestehender Institutionen für eine Vertiefung von Gleichheit und Freiheit zu erwirken (Mouffe/Wagner 2007, S. 109). Eine entsprechend funktionierende Demokratie braucht „eine Gesellschaft mit einer vibrierenden Öffentlichkeit, in der viele konfligierende Ansichten zum Ausdruck gebracht werden können und wo es die Möglichkeit gibt, zwischen legitimen Alternativen zu wählen“ (Mouffe 2007, S. 41).

Bürgerinnen und Bürger, die im Sinne der radikalen Demokratie politisch denken und handeln, haben einen kritischen Blick für die Ausschlüsse in einer bestehenden sozialen Ordnung, tragen zu der Pluralisierung der öffentlich sicht- und verhandelbaren Positionen bei und wirken an der Konstruktion von neuen, gegenhegemonialen politischen Projekten mit. Vor dem Hintergrund dieses Ver-

ständnisses können digitale Öffentlichkeiten in mindestens zweierlei Hinsicht eine produktive Rolle in der Demokratie spielen.

Erstens können digitale Öffentlichkeiten die Organisation von gegenhegemonialen politischen Handeln erleichtern. Konkret bieten sie Kommunikationskanäle für Gruppen,

demokratischer Politik definieren und organisieren können.

Zweitens können digitale Öffentlichkeiten die hegemonialen Diskursstrukturen in der politischen Öffentlichkeit aufbrechen und die öffentlich sichtbaren Positionen um kritische Perspektiven auf den Status quo erweitern.

gen der Gegenwart vorwirft, wurde zu einem Gegenstand der Berichterstattung in der breiteren politischen Öffentlichkeit und zog öffentliche Reaktionen von Vertreterinnen und Vertretern der kritisierten Parteien nach sich. Hier zeigt sich, dass die spezifische Aufmerksamkeitswährung digitaler Öffentlichkeiten – die Klickzahl – einen Link zwischen digitaler und klassischer Öffentlichkeit herstellen und für eine Pluralisierung der Diskursdynamiken in der klassischen politischen Öffentlichkeit sorgen kann.

Kompetenzorientierungen für die politische Bildung

Ein zentraler Fokus einer radikaldemokratisch informierten politischen Bildung sollte die Vermittlung von Kritik- und Konfliktkompetenzen sein (Westphal 2018). Bei der Vermittlung von *Kritikkompetenzen* geht es darum, Schülerinnen und Schüler dazu zu befähigen, Ausschlüsse bestehender sozialer Ordnungen eigenständig zu identifizieren und zu kritisieren (Westphal 2018, S. 14-15; siehe hierzu auch Wohnig 2017, S. 71-79). Die Vermittlung von *Konfliktkompetenzen* zielt auf Fähigkeiten für das Handeln in politischen Kontroversen und Auseinandersetzungen über Möglichkeiten, mit Meinungsverschiedenheiten politisch umzugehen (Westphal 2018, S. 16). Im Folgenden wird konturiert, wie sich die politische Bildung bei der Vermittlung dieser Kompetenzen an den spezifischen Möglichkeiten für politisches Handeln in digitalen Öffentlichkeiten orientieren kann.

Das Potenzial digitaler Öffentlichkeiten, die Organisation von kritischem politischen Handeln zu unterstützen, kann politische Bildung zum Beispiel über die Durchführung von Projekten erfahrbar machen, in denen Schülerinnen und Schüler über digitale Kommunikation in sozialen Medien eine gemeinsame politische Aktion planen (z.B. eine gemeinsame Protestaktion). Insbesondere dann, wenn ein solches Projekt im Rahmen einer Kooperation von Schülerinnen und Schülern an unterschiedlichen Standorten durchgeführt wird, ließe sich hierbei das Potenzial einer digitalen Vernetzung, räumliche Distanzen zu überwinden, erfahrbar machen.

Die Durchführung eines solchen Projektes bietet Gelegenheiten zum Einüben von Kritikkompetenzen, weil die Beteiligten zunächst Probleme oder Missstände in der ei-

Quelle: pixabay



die sich zusammenschließen, um Elemente des Status quo in Frage zu stellen und politische Alternativen zu formulieren. Digitale Medien dienen in diesem Sinne der „Binnenkommunikation“ politischer Gruppen (Leggewie/Bieber 2003, S. 126). Insbesondere soziale Netzwerke bieten „Werkzeuge, in denen nachgedacht, diskutiert, mobilisiert und organisiert wird“ (Winter 2017, S. 245). Dass die relevanten digitalen Öffentlichkeiten *nicht* umfassend inklusiv und *nicht* an den von etablierten journalistischen Medien gesetzten Schwerpunkten orientiert sind, erscheint hier nicht als Hindernis, sondern sogar als eine Voraussetzung dafür, dass Aktivistinnen und Aktivisten Projekte radikal-

Digitale Öffentlichkeiten verschaffen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren generell „bessere Chancen auf Sichtbarkeit“ als die traditionellen Medien der politischen Öffentlichkeit (Zimmermann 2006, S. 28) und machen es ihnen somit leichter, Kritik am Status quo öffentlich zu kommunizieren. Dass sich über die Kommunikationskanäle digitaler Öffentlichkeiten Kritik am Status quo auf der Agenda der klassischen politischen Öffentlichkeit platzieren lässt, hat etwa die Debatte um das von dem Youtuber Rezo veröffentlichte Video „Die Zerstörung der CDU“¹ gezeigt. Das Video, in dem Rezo der CDU und anderen Parteien ein Versagen im Umgang mit elementaren politischen Herausforderun-

genen Lebenswelt reflektieren müssen, um ein Thema zu identifizieren, für das es sich aus ihrer Sicht lohnt, sich gemeinsam mit anderen politisch zu engagieren. Ferner würde das Einüben von Konfliktkompetenzen zu einer wichtigen Aufgabe, weil beteiligte Schülerinnen und Schüler voraussichtlich unterschiedliche Vorstellungen davon haben werden, was das wichtigste Thema für eine gemeinsame politische Aktion ist und was die geeignetste Umsetzungsform ist. Die Beteiligten müssten somit die Herausforderung meistern, Konflikte über Zielsetzungen und Umsetzungen auszutragen und zu lösen – und würden dabei die Potenziale und Grenzen von Möglichkeiten des Konfliktaustragens über digitale Kommunikationsmedien kennenlernen.

Wie ließe sich das Potenzial digitaler Öffentlichkeiten, eine Pluralisierung von sichtbaren Positionen in der politischen Öffentlichkeit zu erwirken, in der politischen Bildung praktisch erfahrbar machen? Eine Möglichkeit bestünde darin, Schülerinnen und Schüler öffentliche Debatten zu einem bestimmten politischen Thema analysieren zu lassen. Konkret hätten sie hierbei die Aufgabe, sowohl in etablierten journalistischen Medien als auch in sozialen Netzwerken zu recherchieren und zu dokumentieren, welches Spektrum an Stimmen zu dem gewählten Thema jeweils zu Wort kommt. Auf Grundlage der Ergebnisse ließen sich dann Grenzen der Berichterstattung in etablierten journalistischen Medien reflektieren, indem verglichen wird, welche Positionen welcher Akteurinnen und Akteure in den digitalen Öffentlichkeiten präsent sind, aber in der klassischen politischen Öffentlichkeit keine oder nur eine geringe Beachtung finden.

Damit Schülerinnen und Schüler entsprechende Ergebnisse nicht nur beschreiben, sondern auch bewerten können, ist es erforderlich, im Lernkontext zu reflektieren, dass eine größere Zahl von beobachtbaren Positionen nicht automatisch gleichzusetzen ist mit einer höheren Qualität von Debatten. Wenn Schülerinnen und Schüler in dem Vergleich ihrer Rechercheergebnisse feststellen, dass in digitalen Öffentlichkeiten mehr Positionen sichtbar sind, können sich hierunter natürlich auch Positionen befinden, die nicht sinnvoll zu einer demokratischen Diskurserweiterung beitragen – etwa weil sie auf Falschbehauptungen beruhen, oder in Konflikt stehen mit grundlegenden demokratischen Prinzipien.

tungen beruhen, oder in Konflikt stehen mit grundlegenden demokratischen Prinzipien.

Das Anliegen, die pluralisierenden Potenziale digitaler Öffentlichkeiten in der politischen Bildung erfahrbar zu machen, sollte deshalb zusammengebracht werden mit der Vermittlung von Urteilskompetenzen. Politische Bildung sollte die ambivalenten Effekte einer größeren Zugänglichkeit digitaler Öffentlichkeiten reflektieren und Schülerinnen und Schülern Fähigkeiten für den Umgang mit dieser Problematik vermitteln. Der Wegfall der Gatekeeper-Rolle professioneller Journalistinnen und Journalisten in digitalen Öffentlichkeiten bedeutet mehr Verantwortung für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an digitalen Öffentlichkeiten, eigenständig zwischen produktiven und problematischen Beiträgen zum öffentlichen Diskurs zu unterscheiden. Hierfür sind Fähigkeiten für die Überprüfung von Tatsachenbehauptungen und Fähigkeiten für die normative Bewertung der demokratischen Qualität artikulierter Positionen elementar.

Eine politische Bildung, die radikaldemokratische Perspektiven auf die Potenziale digitaler Öffentlichkeiten erfahrbar machen möchte, sucht deshalb nicht nur nach Möglichkeiten, Kritik- und Konfliktkompetenzen durch das aktive Nutzen und kritische Analysieren digitaler Öffentlichkeiten einzuüben, sondern befähigt auch dazu, zwischen Realisierungen und Verfehlungen der politischen Potenziale digitaler Öffentlichkeiten unterscheiden zu können.

Hinweis: Dieser Beitrag basiert auf dem Artikel „Digitale Öffentlichkeiten und politisches Handeln. Überlegungen zu einer radikaldemokratischen politischen Bildung“, der für den vorliegenden Text stark gekürzt und überarbeitet wurde. Zum Weiterlesen finden Sie den Beitrag in: Binder, U./Drerup, J. (2020): Demokratieerziehung und die Bildung digitaler Öffentlichkeit, Wiesbaden, S. 13–27.

Anmerkung

- 1 Online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=4Y1lZQsyuSQ> Zuletzt zugegriffen: 16. Mai 2022.

Literatur

- Binder, U./Tenorth, H.-E. (2017): Die „Filterblase“. Ein Disput über ihre öffentlichkeitstheoretische und pädagogische Bedeutsamkeit. In: Binder, U./Oelkers, J. (Hg.): Der neue Strukturwandel von Öffentlichkeit. Reflexionen in pädagogischer Perspektive, Weinheim, S. 180–202.
- Boehme-Neßler, V. (2018): Das Ende der Demokratie? Effekte der Digitalisierung aus rechtlicher, politologischer und psychologischer Sicht. Berlin.
- Celikates, R. (2015): Digital Publics, Digital Contestation. A New Structural Transformation of the Public Sphere? In: Celikates, R./Kreide, R./Wesche, T. (Hg.): Transformations of Democracy. Crisis, Protest and Legitimation, London/New York, S. 159–174.
- KMK (2016): Bildung in der digitalen Welt. Strategie der Kultusministerkonferenz. Online verfügbar unter: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2018/Strategie_Bildung_in_der_digitalen_Welt_idF_vom_07.12.2017.pdf. Zuletzt zugegriffen: 28. April 2022.
- Laclau, E./Mouffe, C. (2006): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien.
- Leggewie, C./Bieber, C. (2003): Demokratie 2.0. Wie tragen neue Medien zur demokratischen Erneuerung bei? In: Offe, C. (Hg.): Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge, Frankfurt/New York, S. 124–151.
- Mouffe, C. (2007): Pluralismus, Dissens und demokratische Staatsbürgerschaft. In: Nonhoff, M. (Hg.): Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie, Bielefeld, S. 41–53.
- Mouffe, C./Wagner, E. (2007): Und jetzt, Frau Mouffe? Chantal Mouffe im Gespräch mit Elke Wagner. In: Geiselberger, H. (Hg.): Und jetzt? Politik, Protest und Propaganda, Frankfurt a. M., S. 106–127.
- Wehling, H.-G. (2016): Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch. Textdokumentation aus dem Jahr 1977. In: Widmaier, B./Zorn, P. (Hg.): Brauchen wir den Beutelsbacher Konsens? Eine Debatte der politischen Bildung, Bonn, S. 19–27.
- Westphal, M. (2018): Kritik- und Konfliktkompetenz. Eine demokratietheoretische Perspektive auf das Kontroversitätsgebot. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 68 (13-14), S. 12–17.
- Winter, R. (2017): Gesellschaftliche Konflikte, digitaler Widerstand und die Entstehung des Politischen. In: Gummert, H./Henkel-Otto, J./Medebach, D. H. (Hg.): Medien und Kulturen des Konflikts. Pluralität und Dynamik von Generationen, Gewalt und Politik, Wiesbaden, S. 237–252.
- Wohnig, A. (2017): Zum Verhältnis von sozialem und politischem Lernen. Eine Analyse von Praxisbeispielen politischer Bildung. Wiesbaden.
- Zimmermann, A. (2006): Online-Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft: neue Chancen auf massenmediale Sichtbarkeit? In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, 19 (2), S. 22–36.

Monika Waldis

Digital citizenship education für die durch digitale Technologien geprägte Lebenswelt

Wechselwirkungen von digitalen Technologien und gesellschaftlichem Zusammenleben

Digitale Medien durchdringen unsere Lebenswelt. Mit Hilfe von Big Data und der computergestützten Analyse von Mustern, Assoziationen und Trends können bessere Systeme des Zusammenlebens gestaltet werden, wie etwa die Regulierung des Verkehrs, die Bereitstellung zielgruppenspezifischer Unterhaltungsangebote oder digitale Übersetzungshilfen. Wechselwirkungen von digitalen



Prof. Dr. Monika Waldis ist Leiterin des Zentrums Politische Bildung und Geschichtsdidaktik der Pädagogischen Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz am Zentrum für Demokratie in Aarau.

Technologien und Gesellschaft und deren Auswirkungen auf politische Prozesse und demokratisches Handeln werden spätestens seit den späten 1990er-Jahren und im Kontext der Durchsetzung des kommerziellen Internets erforscht und in der Öffentlichkeit diskutiert. Zu nahezu euphorischen Erwartungen an eine neue, durch „participatory culture“ (Jenkins 2008) geprägten Gesellschaft haben sich kritische Stimmen gesellt. Insbesondere wird auf den Kontrollverlust durch Datafizierung – d.h. das Sammeln und Verknüpfen von Nutzer*innendaten – hingewiesen (Seemann 2014). Mit Blick auf das Politische und demokratische Entscheidungsfindung werden im Folgenden zwei zentrale Prozesse in den Blick genommen: Die Wirkung der Digitalisierung auf politische Institutionen der repräsentativen Demokratie sowie die Transformation von Öffentlichkeit.

Wandel der politischen Repräsentation

Ältere Vorstellungen zur repräsentativen Demokratie heben das Potenzial hervor, dass

sowohl Regierenden als auch Regierten durch Digitalisierung mehr und genauere Informationen zur Verfügung stehen. So werden u.a. Meinungsumfragen und andere Instrumente für Feedback herangezogen, um politische Prozesse effizienter zu gestalten und generell den Austausch zwischen den Gruppen zu fördern. Allerdings stelle die repräsentative Demokratie kein „Surrogat“ für direkte Beteiligung dar. Neuere Ansätze verstehen das Verhältnis von Repräsentant*innen und Repräsentierten nicht mehr weiter als alleinige Interessendelegation. Sie betonen vielmehr die Wichtigkeit von Interaktion. Durch direkten Dialog und Deliberation könne es gelingen, die Pluralität moderner Gesellschaften sichtbar und erfahrbar zu machen und politische Entscheidungen auf dieser Basis zu fundieren. Tatsächlich erlauben es soziale Medien wie beispielsweise der Microblogdienst Twitter sowie topdown organisierte Online-Partizipationsinstrumente zu Stadt- oder Gemeindeentwicklung, Bürgerhaushalten oder Melden von Mängeln, dass Politiker*innen und Bürger*innen mehr oder weniger direkt miteinander in Austausch treten oder eine Beratung ‚von unten‘ erfolgt. Die Legitimation politischen Handelns fußt dabei auf der politischen Auseinandersetzung über Rollengrenzen hinweg: „Repräsentation wird damit dynamisch und permanent“ (Thiel 2021, S. 337). Darüber hinaus hat die Zivilgesellschaft mit Hilfe des Web 2.0 eigene repräsentative Ansprüche hervorgebracht und politische Forderungen artikulationsfähig gemacht. Eindrucksvoll praktizieren die Klimastreikbewegung, #MeToo oder #BlackLivesMatter neue Möglichkeiten politischen Agenda-Settings sowie kollektive Selbstorganisation. Diese Bewegungen sind basisdemokratisch organisiert mit einem niedrigen Grad an formellen Regeln, Hierarchien und Modi der Repräsentation. Bemerkenswert ist, dass politischer Aktivismus und die Formierung öffentlicher Meinung in solchen Strukturen nicht eindeutig mit der Herstellung homogener und gemeinsam geteilter Überzeugungen über verschiedene Lebensbereiche hinweg verbunden sind. Vielmehr stehen ausgewählte Problemla-

gen, punktuelle Handlungsziele und Aktionen im Vordergrund. Die Gruppenbindungen in groß angelegten, fluiden sozialen Netzwerken ersetzen teilweise die Zugehörigkeit zu Parteien und Vereinen. Engagement ist in dieser Form weniger verbindlich und erfordert bzw. bietet weniger kollektive Identifikation als traditionelle Organisationen. Stattdessen werden kreative Umgangsweisen wichtiger und politische Interventionen sind mit individueller Selbstdarstellung verknüpft (Kneuer 2017).

Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit

Moderne Gesellschaften gelten als „unversammelbare Kollektive“. Aus diesem Grund kommt den Medien bei der Herstellung von Öffentlichkeit eine besondere Bedeutung zu. War die traditionelle „massenmediale“ Öffentlichkeit von journalistischen Recherche- und Selektionsprozessen und entsprechenden Agenda-Setting-Prozessen bestimmt, gilt dies für die digitale Öffentlichkeit im Social Web nicht mehr. Insgesamt hat das Internet die Zugänglichkeit zu Informationen enorm gesteigert. Die klassische Gatekeeper-Funktion der journalistischen Medienanbieter ist in weiten Teilen verschwunden. Zunehmend lassen sich Medienplattformen ausmachen, welche über die große Menge an Nutzer*innen ihre ganz eigenen Gesetzmäßigkeiten und Logiken durchsetzen können (Thimm 2020, S. 53). In vielen Fällen stehen soziale Vernetzung, das Bedürfnis nach Unterhaltung sowie Spieltrieb (Gamification) im Vordergrund. Der Austausch von Information und die Debatten zu gesellschaftsrelevanten Fragestellungen sind weder gewichtet noch inhaltlich moderiert. Sorgen zuvor Journalist*innen für den einen oder anderen Einblick in wenig bekannte Lebensbereiche und Problemstellungen, folgen die neuen, algorithmengesteuerten Medienmenüs der Logik der auf individuelle Interessen und Lebenslagen zugeschnittenen Informationen aufgrund von Suchanfragen, Verweildauer und Vernetzungen mit Freund*innen. Diese Entwicklung kann zur Konzentration der Kommunikation

unter Gleichgesinnten und zur Verengung des Meinungsspektrums in sogenannte „Echokammern“ oder „Filterblasen“ führen (Pariser 2012). Kritisch werden dabei auch die Möglichkeiten von Big Data und die Filterfunktion von Algorithmen betrachtet. Sie erlauben es, Daten zu verknüpfen und Nutzungsmuster festzustellen, um darauf aufbauend Informationsflüsse zu regulieren und potenzielle Kund*innen oder auch Wähler*innen anzusprechen. So findet derzeit die automatisierte, zielgruppenspezifische Informationsbereitstellung, bekannt unter dem Begriff des politischen „micro-targeting“ (Jungherr 2017), in Wahlkämpfen ihre Anwendung und wird laufend verfeinert und ausdifferenziert. Allerdings steht es Bürger*innen frei, Gegenstrategien anzuwenden. Unter anderem geht es darum, Medienmenüs auf dem Smartphone bewusst zusammenzustellen und verschiedene Informationsquellen für die eigene Meinungsbildung zu nutzen. Mitbedacht werden muss, dass das eigene click- und share-Verhalten zur Verbreitung ausgewählter Information beiträgt. Nicht zuletzt sollten auch der Wert der eigenen Nutzerdaten als Bezahlwährung im Web 2.0 reflektiert und Privatsphäreneinstellungen gezielt gewählt werden. Auf politischer Ebene sind weiterhin Regulierungsmechanismen der nach marktwirtschaftlichen Prinzipien funktionierenden Techintermediäre wie Google, Meta & Co. zu verhandeln. Dabei stehen gewichtige Themen wie etwa Netzneutralität, Datenschutz, Einschränkungen beim Verknüpfen von Daten aus verschiedenen Quellen oder Gebühren für geistiges Eigentum zur Debatte.

Digital Natives als Zielgruppe einer „digital citizenship education“

Laut der letzten Shell Jugendstudie (Shell 2019) informieren sich Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren in Deutschland zu politischen Themen inzwischen online, wobei Nachrichten-Websites und News-Portale am häufigsten genutzt werden. Hinzu kommen Messenger Apps und YouTube als Ort der Informationssuche. Allerdings gaben rund 62% der Befragten an, sich überhaupt nicht aktiv über Politik zu informieren; in der Schweiz wird der Anteil der Newsdeprivierten bei den 16- bis 29-Jährigen auf rund 56% geschätzt (Schneider und Eisenegger 2019). Solche Jugendliche und junge Erwachsene begegnen der Politik im Alltag eher unbewusst, was die Wahrnehmung

von Kontroversen und die Einordnung von Information erschwert. Obschon mit digitalen Medien schon früh im Kontakt, formulieren viele Heranwachsende implizit oder explizit einen Bedarf an Orientierung und Strukturwissen (Wagner und Gebels 2014). Digitale Partizipationsangebote werden teilweise nur zögernd genutzt, nicht zuletzt deshalb, weil die Folgen einer Teilnahme nicht gut abgeschätzt werden können. Insgesamt hängt politische Online-Teilhabe statistisch von sozio-ökonomischen Merkmalen wie Bildung, Geschlecht und Einkommen ab. Technologiebasierte Kommunikationsfähigkeiten erweisen sich als soziales Kapital technikaffiner Gruppen, die – wie das Beispiel der Wikipedia zeigt – typische Merkmale von Autorenschaft (90% Männer) sowie eine ungleichgewichtige Repräsentanz von Themen hervorbringen können.¹ Unter den gegebenen Umständen scheint eine „digital citizenship education“, welche nicht nur präventiv sondern kompetenzfördernd ausgerichtet ist, dringend notwendig.

Ansätze und Themenfelder einer „digital citizenship education“

Mit Blick auf das Digitale besteht in bildungspolitischen Diskursen die unangefochtene Forderung, Bildung nicht nur auf technisches Verfügungswissen zu begrenzen, sondern auch gesellschaftliches Handeln einzubeziehen und somit in gesellschaftlich-kultureller Perspektive die Wechselwirkung zwischen Technik, Individuen und Gesellschaft zu reflektieren (Gesellschaft für Informatik 2016). Betont wird darüber hinaus die transformative Funktion digitaler Bildung (Kerres 2017, S. 17). Bürger*innen sollen die vorhandenen digitalen Angebote sicher und verantwortungsvoll an der Schnittstelle von Technologie und menschlichem Dasein nutzen und den durch Technologie angestossenen Wandel proaktiv mitgestalten. Zahlreiche Konzepte der Medienbildung knüpfen daran an. In ihrem Konzept der „civic media literacy“ umschreiben Mihailides und Thevenin (2013) die Rollen medienkundiger Bürger*innen erstens als kritische Denker*innen, zweitens als Gestalter*innen und Kommunikator*innen, sowie drittens als Akteur*innen gesellschaftlichen Wandels. Diese benötigten 1) *partizipative Kompetenz* im Sinne der Befähigung, Medieninhalte zu erschließen und zu verarbeiten sowie in neuer Form verantwortungsvoll und zweckorientiert

für die Gemeinschaft einzusetzen; 2) *kollaborative Kompetenz*, um ein geteiltes Verständnis von gesellschaftsrelevanten Problemstellungen zu schaffen, mit anderen in Verbindung zu treten und die Kommunikation auf eine große Gruppe von interessierten Personen auszuweiten; 3) *expressive Kompetenz* für die Erstellung und Verbreitung von Inhalten im Web 2.0 kombiniert mit der Fähigkeit, das eigene Wirken zu reflektieren; sowie 4) *kritische Kompetenz* zur Auseinandersetzung mit Medieninhalten, die ihnen im Alltag begegnen. Weitere Arbeiten betonen Informationsprüfungs- und Recherchefähigkeiten sowie die Fähigkeit, eigene Kommunikationsaktivitäten zur Initiierung einer demokratischen Debattenkultur einzusetzen bzw. Gegenstrategien in Situationen anzuwenden, in denen menschenverachtende Narrative, Cyberbullying und Hatespeech auftreten. Betont werden muss, dass mit dem verwendeten *Medienbegriff* nicht nur Medien als gegenständlich zugängliche Objekte im Fokus stehen, sondern auch die techno-sozialen Bedingungen und Strukturen betrachtet werden müssen. Hieran schließen Fragen zu Macht und Hierarchien im digitalen Raum, Verteilung knapper Ressourcen, rechtliche Regelungen, individuelle Verantwortung und Ethik, informationelle Selbstbestimmung, Teilhabe und Ausschluss, sowie Vorgehensweisen für kritischen Widerstand. Solche Aspekte hat Choi (2016) in ihrer Konzeptanalyse von 254 Publikationen zur „digital citizenship“ für eine demokratische Bildung identifiziert und in vier Bereiche geordnet (vgl. Abb. 1 auf S. 18). Die Zusammenstellung eignet sich als Grundlage für die Auswahl und Verortung von digitalen Phänomenen und deren Aufgreifen im Politikunterricht sowie in außerschulischen Angeboten.

Konkretisierungen einer *digital citizenship education*

Eine *digital citizenship education* ergibt sich nicht von allein und sie darf sich nicht auf die Schulung technologischen Grundwissens und die Förderung einer Medien- und Informationskompetenz beschränken. Obschon auch hier Entwicklungsbedarf zu orten ist: Anstelle einer vertieften Quellenkritik, wie sie im Geschichtsunterricht traditionell an einer Quelle eingeübt wird, erweist sich im Web 2.0 die Strategie des „lateral reading“ als zielführend. Hierbei wird ein schneller Informationsabgleich über zwei oder mehr Medien vorgenommen, um etwa-

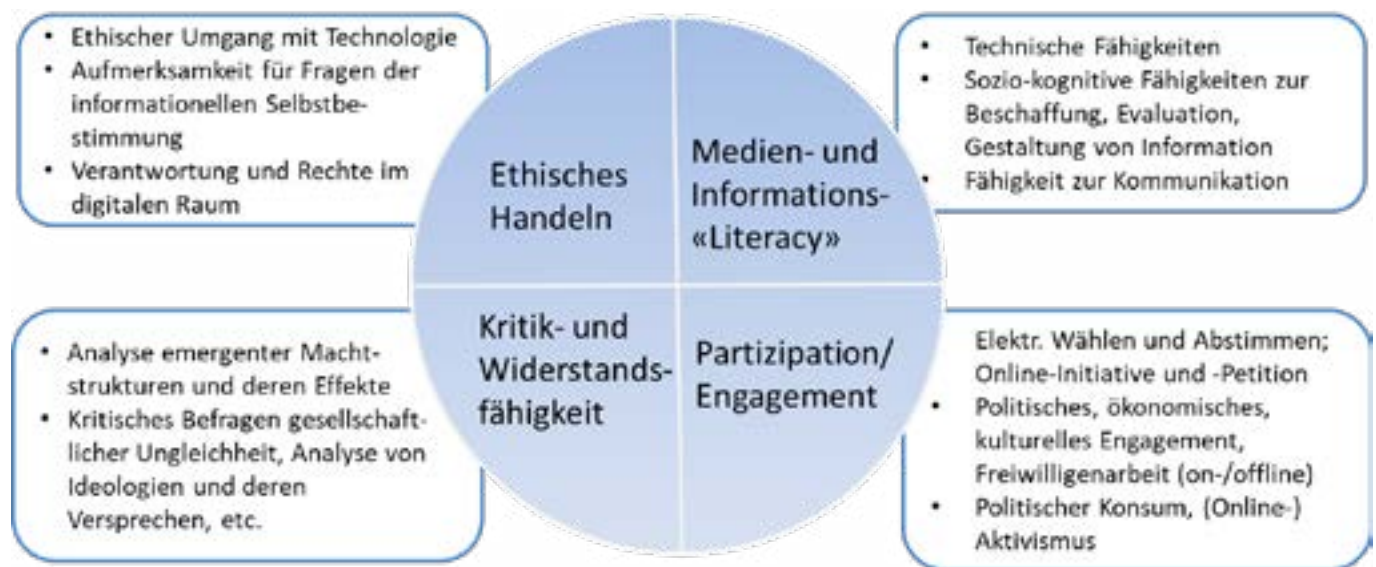


Abb.: Vier Bereiche einer *digital citizenship* education in Anlehnung an Choi (2016)

ige Gegendarstellungen und alternative Perspektiven zur Kenntnis zu nehmen sowie Relevanz und Vertrauenswürdigkeit abzuschätzen (Wineburg und McGrew 2017). Bildungsangebote sollten zudem Reflexionen über politische Repräsentation, Machtstrukturen, Partizipationsmöglichkeiten und -erwartungen, Online-Deliberation, Netiquette und den Umgang mit eigenen Daten im Netz thematisieren. Überzeugende Bildungsprojekte finden sich beispielsweise auf der Homepage des JFF Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis, z. B. zu Online-Geschlechterbildern, zur Prävention religiös-extremistischer Ansprachen im Netz sowie zum Digital Storytelling mit Fokus auf Wahrheit, Erzählung und Ideologie.² Hervorzuheben ist, dass die dringende Auseinandersetzung über das Politische in einer von digitaler Technologie geprägten Gesellschaft auf Augenhöhe mit den Beteiligten erfolgen sollte. Heranwachsende sind weder als ‚Gefährdete‘ noch als ‚Gefährder‘ mit extremistischen Verhaltensweisen (Hentges und Lösch 2020, S. 146) zu verstehen, die man präventiv behandeln oder mit einschlägigen Regeln und Verhaltensnormen ausstatten muss. Vielmehr sind sie als soziale Akteur*innen zu betrachten, die mit ihren eigenen Bedürfnissen, Erfahrungen und Kompetenzen digitale Transformationsprozesse befördern und mitgestalten. Fortwährende didaktische Aufgabe ist es demnach, gemeinsam mit den Heranwachsenden die Teilnahme im Netz als „legitimate (peripheral) participation“ in „communities of practice“ (Lave und Wenger 1991)

zu reflektieren und politische Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Geschlechterverteilung_in_der_Wikipedia, zuletzt abgerufen am 14.5.2022.
- 2 <https://www.jff.de/kompetenzbereiche/politische-bildung/details/ideenfuerdiejugend/>

Literatur

- Choi, M. (2016): A concept analysis of digital citizenship for democratic citizenship education in the internet age. *Theory & Research in Social Education*, 44 (4), S. 565 – 607.
- Deutsche Shell (2019): Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort. 18. Shell Jugendstudie, Weinheim.
- Gesellschaft für Informatik (2016): Dagstuhl-Erklärung. Bildung in der digital vernetzten Welt. Online verfügbar unter: <https://gi.de/themen/beitrag/dagstuhl-erklarung-bildung-in-der-digital-vernetzten-welt-1/>.
- Hentges, G./Lösch, B. (2021): Politische Neutralität vs. politische Normativität in der politischen Bildung. Die Veränderung politischer Öffentlichkeit durch Denunziationsplattformen im Internet. In: Hubacher, M./Waldis, M. (Hg.): Politische Bildung für die digitale Öffentlichkeit, Wiesbaden, S. 132 – 152.
- Jungherr, A. (2017): Einsatz digitaler Technologie im Wahlkampf. In: Gapski, H./Oberle, M./Staufer, W. (Hg.): Medienkompetenz. Herausforderung für Politik, politische Bildung und Medienbildung, Bonn, bpb, S. 92 – 101.
- Kerres, M. (2017): Digitalisierung als Herausforderung für die Medienpädagogik: „Bildung in einer digital geprägten Welt“. In: Fischer, C. (Hg.): Pädagogischer Mehrwert? Digitale Medien in Schule und Unterricht. Münstersche Gespräche zur Pädagogik, Münster, S. 85 – 104.

- Kneuer, Marianne (2017): Politische Kommunikation und digitale Medien in der Demokratie. In: Gapski, H./Oberle, M./Staufer, W. (Hg.): Medienkompetenz. Herausforderung für Politik, politische Bildung und Medienbildung, Bonn, bpb, S. 43 – 53.
- Lave, J./Wenger, E. (1991): *Situated Learning: Legitimate Peripheral Participation*. Cambridge.
- Mihailidis, P./Thevenin, B. (2013): Media literacy as a core competency for engaged citizenship in participatory democracy. *American Behavioral Scientist*, 57(11), S. 1611 – 1622. Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.1177/0002764213489015>
- Pariser, E. (2012): Filter Bubble: Wie wir im Internet entmündigt werden. Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.3139/9783446431164>
- Schneider, J./Eisenegger, M. (2019): Der Bedeutungsverlust traditioneller Newsmedien und die Entstehung neuer Nutzungsmuster – wie die Digitalisierung Newsrepertoires verändert. In: fög – Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft (Hg.): *Jahrbuch Qualität der Medien 2019 Schweiz – Suisse – Svizzera*, Basel, S. 27 – 45.
- Seemann, M. (2014): *Das neue Spiel: Strategien für die Welt nach dem digitalen Kontrollverlust*. Freiburg.
- Thiel, T. (2020): Demokratie in der digitalen Konstellation. In: Riescher, G./Rosenzweig, B./Meine, A. (Hg.): *Einführung in die Politische Theorie: Grundlagen – Methoden – Debatten*, Stuttgart, S. 331 – 349.
- Thimm, C. (2017): Digitale Öffentlichkeit zwischen Fragmentierung und Mini-Publics. In: Binder, U./Oelkers, J. (Hg.): *Der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit. Reflexionen in pädagogischer Perspektive*, Basel, S. 49 – 60.
- Wagner, U./Gebel, C. (2014): *Jugendliche und die Aneignung politischer Information in Online-Medien*. Wiesbaden.
- Wineburg, S./McGrew, S. (2017): Lateral reading: reading less and learning more when evaluating digital information (Working Paper Nr. 2017.A1), Stanford History Education Group. Online verfügbar unter: <https://ssrn.com/abstract=3048994>.



Gudrun Heinrich, Steve Kenner

POLIS Podcast

Digitalität & Politische Bildung



Dr. Gudrun Heinrich, Landesvorsitzende der DVPB Mecklenburg-Vorpommern



Dr. Steve Kenner, Landesvorsitzender der DVPB Niedersachsen

Politische Kommunikation, Öffentlichkeit und Bildung sind dabei, sich in der Zeit der Digitalität neu zu strukturieren. Politische Bildung steht damit sowohl schulisch als auch außerschulisch vor großen Herausforderungen.

Die Verantwortlichen dieses Heftes, Gudrun Heinrich und Steve Kenner, haben daher Expert*innen zu Fragen der politischen Bildung in Zeiten der Digitalität eingeladen, um gemeinsam über spezifische Herausforderungen und Chancen zu sprechen. Das Gespräch, das am 04. April 2022 stattfand, können Sie als POLIS-Podcast in voller Länge auf dem YouTube Kanal des Landesverbandes Niedersachsen der DVPB anschauen.

LINK: <https://www.youtube.com/watch?v=LxpE1bA3ePA&t>

Im Folgenden dokumentieren wir einzelne Passagen des Gesprächs. Wir danken Ulrika Engler, Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen, deren Schwerpunkt auf politischer Bildung im digitalen Raum sowie politische Medienbildung liegt. Wir danken auch Dejan Mihajlović, der als Lehrer für Sozialkunde und Deutsch sowie als Fortbildner tätig ist und sich im Verein D64 als netzpolitischer Aktivist engagiert. Herzlichen Dank auch an Prof. Dr. Matthias Busch, er ist Professor für die Didaktik der Gesellschaftswissenschaften an der Universität Trier und war Ausrichter der GPJE Tagung „Politische Bildung und Digitalität“ im Juni diesen Jahres.

POLIS: Wir freuen uns sehr, dieses Format für einen Austausch zu Fragen von Digitalität und politischer Bildung mit so interessanten Gästen wiederbelebt zu haben.

Wir möchten zunächst die Rahmenbedingungen klären. Wie verändert sich die Gesellschaft durch Digitalisierung? Was sind die besonderen Herausforderungen, die mit Digitalisierung verbunden sind?

Matthias Busch: Es gibt auf der einen Seite ganz euphorische Perspektiven, die davon ausgehen, dass durch die digitale Transformation neue demokratische Beteiligungsformen möglich



sind, dass sich die Schule öffnen wird; und dass sich letztendlich die Veränderungen, die sich in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft abspielen, positiv auf die Lebensqualität und das gesellschaftliche Zusammenleben auswirken werden. Auf der anderen Seite gibt es die entsprechenden dystopischen Vorstellungen, die davon ausgehen, dass genau diese Entwicklungen im Zuge der Digitalisierung hochgradig demokratiegefährdend sein werden, soziale Ungleichheit zunehmen wird und die Polarisierung der Gesellschaft verstärkt wird. Ich bin mir noch unsicher, wohin es geht. Aber ich glaube, dass es zumindest politisch gestaltbar ist und wir diesen Prozess aufmerksam begleiten müssen, um zu sehen, was die

Digitalisierung konkret für die Gesellschaft, aber auch spezifisch für Schule und Bildung bedeutet.

Wir haben in den letzten Jahren mehrere Beispiele erlebt, als über personalisierte Werbung, die auf Big Data basierte, Wahlen in den USA manipuliert werden konnten. Wir wissen momentan noch nicht wirklich, oder ich habe zumindest meine Zweifel, ob die großen Technikunternehmen wie Apple, Facebook, Microsoft mit ihren Algorithmen, die wir nicht kennen, tatsächlich demokratiefreundlich sind. Was wir erleben, rein faktisch, ist eine klare Macht- und Kapitalkonzentration, die erst einmal nicht demokratisch kontrolliert ist. Dass das Ängste auslöst und Gefahren in sich birgt, liegt auf der Hand. Die große Frage lau-

tet: Muss das eine Gesellschaft, müssen das demokratische Gesellschaften aushalten oder haben wir da Möglichkeiten, dem entgegen zu wirken? Also eine hochgradig politische Frage, und Aufgabe politischer Bildung.

Ulrika Engler: Aus meiner Sicht ist es tatsächlich Chance und Herausforderung zugleich. Aus der Perspektive der politischen Bildung gilt es, die Chancen zu nutzen, um Gesellschaft demokratisch weiter zu gestalten und auch kritisch über die Herausforderungen, vor denen wir stehen, zu diskutieren. Ich glaube, politische Bildung kann und muss und tut es auch an verschiedenen Punkten kritisch und konstruktiv ansetzen. Das verändert die Art der politischen Bildung, das verändert die Methoden und Medien, mit denen wir arbeiten. Aber es verändern sich natürlich, das hat Matthias Busch auch schon beispielhaft dargestellt, die politischen Prozesse, die Beteiligungsmöglichkeiten und auch die formalen politischen Prozesse.



Dejan Mihajlović: Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit den Werten, hinter denen wir stehen. Bei dem Verein D64, dem Zentrum für digitalen Fortschritt, bei dem ich mitarbeite, steht zum Beispiel die Frage der Nutzung von Open Source im Mittelpunkt. Hier gibt es Ansätze, die dem entgegenwirken, was bisher so genannt wurde. Aber diese Ansätze sind im politischen Kreis noch nicht so bekannt. Auch im Jahr 2022 ist Netzpolitik tatsächlich immer noch ein Nischenthema.



POLIS: Die Frage ist, welche Chancen und Risiken bestehen und wie wir die Menschen darauf vorbereiten können, mündig und sensibel die digitalen Möglichkeiten für sich zu nutzen.

Dejan Mihajlović: Es geht hier nicht um Chancen und Risiken. Es geht darum zu verstehen, welche Transformationsprozesse stattfinden. Die Gegenüberstellung von Chancen und Risiken suggeriert eine Art von Schicksalhaftigkeit, nach der Dinge einfach geschehen, und wir uns dem ergeben. Aber wir müssen

wahrnehmen, dass wir einen Gestaltungsspielraum haben. Ich glaube, wenn man eine analytische Position einnimmt und wertfrei die Sachen betrachtet und versucht, zu verstehen, wie etwas passiert, auch dementsprechend Gestaltungsräume geschaffen werden können. Ich glaube, dass man in der ganzen Debatte eine Komplexität zulassen muss, und auch braucht, um zu verstehen, dass Dinge nicht schwarz oder weiß sind, nicht Null oder Eins, auch wenn wir über Digitales sprechen. Das muss man, glaube ich, zulassen.

Matthias Busch: Man hat manchmal in der Diskussion das Gefühl, dass man die Vorbereitung reduzieren möchte auf eine Förderung digitaler Methodenkompetenz oder Medienkompetenz, aber ich glaube, das ist viel zu wenig. Natürlich brauchen wir das, wir brauchen digitale Medienkompetenz und die geht weit über eine Bedienungskompetenz hinaus. Sie inkludiert eine kritische Gestaltung, eine Produktion von Medien. Aber das Problem bei der Fokussierung auf Medienkompetenz würde ich darin sehen, dass zu stark und allein das Individuum in den Blick genommen wird. Was kann ich tun, um meine Daten zu schützen, was kann ich tun, um mich vor Fakenews zu schützen? Zusätzlich bräuchte es aber immer auch die politische Bildung. Es geht darum, Digitalität auch politisch zu lesen und die Verantwortung für die Rahmenbedingungen auch als eine politische Aufgabe, als einen politischen Diskurs wahrzunehmen, der über das Individuum hinausgeht. Sonst haben wir eine Individualisierung und auch eine Entpolitisierung des Prozesses, und das wäre fatal an der Stelle.

Ulrika Engler: Ich stimme absolut zu, dass wir viel mehr über die Hintergründe, Komplexität und Funktionsweisen wissen müssen und uns damit auseinandersetzen müssen. Da gibt es ja auch schon eine ganze Menge Angebote, es ist nicht so, dass es da keinen gesellschaftlichen Diskurs gibt, aber er ist noch viel zu klein, viel zu wenig, da müssen wir ran und müssen das viel mehr in die Debatte bringen, und die Funktionsweisen von *Social Media* verstehen. Wir müssen verstehen, ob ein Video, das ich bekomme, *fake* ist oder echt, wie kann ich das unterscheiden? Also wirklich eigentlich die grundlegenden Fragen.

Mit der Neugründung der Landeszentrale in Niedersachsen wurde politisch gesetzt, dass wir von politischer Medienkompetenz sprechen. Es ist aus meiner Sicht extrem wichtig, dass wir politische Bildung und Medienkompetenz zusammen denken. Ich gebe Dejan Mihajlović durchaus Recht, dass es auch im politischen Raum viele spannende und wichtige Ansätze gibt.

POLIS: Die Orientierung an dem Ziel einer kritischen Medienkompetenz scheint Konsens zu sein, oder?

Matthias Busch: Für die politische Bildung ist Medienbildung immer ein genuines Thema, weil wir das Politische nur medial vermittelt wahrnehmen können. Nichtsdestotrotz glaube ich, dass die digitale Transformation nochmal eine echte Wende insofern darstellt, als dass sich nicht nur die Medialität verändert, sondern mit der Digitalisierung auch die Form, wie wir kommunizieren.

Ulrika Engler: Das würde ich gerne bekräftigen und vielleicht auch nochmal einen Punkt anschließen. Diese große gesellschaftliche Transformation durchdringt auch die gesamte politische Bildung. Sie verändert das Setting der politischen Bildung, die Methoden der politischen Bildung, aber sie verändert eben auch die politischen Prozesse und Themen. Es geht bei weitem nicht nur um technische Kompetenz.

Dejan Mihajlović: Ich würde da größtenteils zustimmen. Ich bin mir nur unschlüssig bei der Begrifflichkeit, weil ich einfach weiß, dass Medienbildung oder Medienkompetenz sich im Endeffekt auf ein Medienverständnis beziehen, das in der Regel überholt ist. Im Prinzip wäre ich gerne in der Kultur der Postdigitalität, in der das gar nicht genannt werden muss, weil es einfach Teil meiner Kultur ist. So selbstverständlich, wie ein Buch, ist es genauso selbstverständlich dieses Gerät, was hier neben dran liegt [zeigt auf sein Smartphone]. Mit Blick auf die politische Bildung sehe ich die zentralen Herausforderungen nicht in der Frage, was Fakenews oder Deepfakes sind und wie sie entschlüsselt werden können. Wenn ich ehrlich bin, sehe ich viel stärker generelle gesellschaftliche Probleme.

POLIS: Wir haben jetzt eine Reihe von zentralen Herausforderungen beschrieben, die sich mit der Digitalität verbinden und Medienkompetenz als Notwendigkeit identifiziert. Wo ist – in der Schule und der außerschulischen Bildung – diese Kompetenzvermittlung zu verorten?

Dejan Mihajlović: Dies ist – wie die Demokratiebildung auch – eine Aufgabe aller. Keiner kann sagen, das hat mit meinem Unterricht nichts zu tun. Wenn man aber mal ehrlich ist, ist genau das auch das Problem. Im gesellschaftlichen Leben, das ist das, was Transformation auszeichnet, lösen sich bisherige Grenzen auf, auch Zuständigkeiten sind nicht mehr so eindeutig, und alles bedingt sich gegenseitig. Dementsprechend braucht es den Kompetenzerwerb auch in anderen Fächern und nicht nur in der politischen Bildung.

Matthias Busch: Die Forderung, politische Bildung als Querschnittsaufgabe anzuerkennen, ist nicht neu. Ich glaube, bei der Digitalität werden wir erleben, dass die Fächer überrannt werden, weil es nämlich kein Add-on ist, was ich irgendwie machen müsste, sondern weil das meine genuinen Themen betrifft. Was heißt es für den Deutschunterricht, wenn ich mit KI [Künstliche Intelligenz] plötzlich künstlich erstellte Romane habe oder Texte? Was macht das mit dem Verständnis von Autor*innenschaft? Was heißt es für den Geschichtsunterricht, wenn Deepfakes plötzlich das, was wir im Geschichtsunterricht immer hatten, nämlich historische Fälschungen, so leicht machen, oder wir im Diskurs über Geschichtskultur keine Gatekeeper mehr haben, sondern eine digitale Geschichtskultur entsteht, die von ganz vielen Seiten partizipativ gestaltet, aber auch manipuliert werden kann? Jedes Fach wird schon auf der inhaltlichen Ebene vermutlich in den nächsten Jahren mitbekommen, dass sich der eigene Gegenstand durch die Digitalität verändert. Medienkompetenz und digitale Bildung wird für alle Fächer zu einer zentralen Aufgabe, der man sich gar nicht mehr entziehen kann.

Wir denken häufig noch, wir lernen jetzt mit digitalen Medien und optimieren damit die alte Schule, ich vermute eher, dass wir in 10 Jahren eine ganz andere Schule haben werden, denn wenn wir die digitalen Medien richtig einsetzen wollen, ihr Potenzial nutzen wollen, dann würde sich auch Schule radikal verändern, weil

vieles von dem, wie wir heute Schule und Unterricht betreiben, ad absurdum geführt wird.

Ulrika Engler: Schule würde und muss sich auch ein Stück weit grundlegend verändern. Wie kann es uns denn gelingen, wirklich auch Themen wie politische Medienkompetenz als Querschnitt zu verankern? So etwas passiert nicht von alleine, das passiert nicht, indem man sagt, es ist wichtig oder indem wir als Landeszentrale für politische Bildung das eine oder andere Angebot machen. Gerade bei Digitalisierung und politischer Medienkompetenz ist es auch notwendig, nochmal darüber nachzudenken, wie Schule und außerschulische politische Bildung neu verzahnt werden können.

POLIS: Wenn wir konstatieren, dass sich Schule durch Digitalität verändert, dann müssen wir auch überlegen, wie sich Bildungsprozesse verändern.

Matthias Busch: Mein Team und ich haben gerade eine Studie beendet, in der wir Akteur*innen der außerschulischen politischen Bildung befragt haben, wie sie sich eigentlich in der Pandemie verhalten haben, welche Veränderungen es gab. Es hat sich gezeigt, dass etwa 96% digitale Angebote ausgebaut haben, um weiterhin politische Bildung betreiben zu können. Dies geschah allerdings durch eine klare Verschiebung hin zu kognitiver Vermittlung in Form von Vorträgen und Diskussionen. Damit wurden zwar auf der einen Seite neue Zielgruppen erschlossen – bildungsnahe, technikaffine Gruppen. Zugleich zeigt sich auf der anderen Seite aber auch, dass handlungs- und erfahrungsorientierte Methoden, die eigentlich außerschulische Bildung und informelles Lernen auszeichnen, bisher nicht ins Digitale übersetzt werden konnten. Wir müssen daher in Zukunft auch darauf achten, welche exkludierenden, die Lernkultur verändernden Folgen die Digitalisierung für die politische Bildungslandschaft hat.

POLIS: Zu ähnlichen Erkenntnissen kam auch Kerstin Pohl mit ihrem Team bei einer Studie zum Politikunterricht in der Corona-Krise. Die Ergebnisse sind im Heft 4/2022 nachzulesen.

Ulrika Engler: Ja, das halte ich für einen sehr wichtigen Punkt. Ich glaube auch, dass es inzwischen sehr gut gelungen ist, die politische

Bildung auch auf digitale Formate umzustellen. Für uns als Landeszentrale ist es extrem wichtig, dass wir auch echte Workshop-Formate anbieten, in denen es auch wirklich um Austausch und Beteiligungsmöglichkeiten geht. Hierfür gibt es viele tolle Tools. In manchen kann man sogar viel besser kollaborativ arbeiten, als wenn man analog zusammen ist. Wir müssen aber auch schauen, wo findet Ausgrenzung statt und wie können wir safer spaces in digitale Räume verlagern.

Dejan Mihajlović: Vielleicht gibt es da noch eine andere, ergänzende Perspektive, vielleicht eine positive Perspektive, die manchmal untergeht, weil meistens, wenn man über TikTok und solche Netzwerke spricht, eher das Negative dominiert. Zur Transformation gehört auch die Veränderung, z. B. wer etwas kommuniziert und wie Menschen erreicht werden. Es ist nicht mehr so, dass Erwachsene Kindern und Jugendlichen erklären, wie es funktioniert, sondern dass auch Jugendliche untereinander sich selbst fortbilden. Kinder und Jugendliche sind dabei, Kenntnisse selbst zu erwerben und diese dann mit anderen zu teilen. Und wenn ich schaue, was und wie zum Beispiel mein Sohn thematisch diskutiert – das hätte ich in seinem Alter nie gemacht. Die Jugendlichen beziehen Informationen über Menschen, denen sie auf Plattformen wie TikTok folgen. Ich glaube, dass wir diese Veränderungen auch in der Schule oder außerschulischen Bereichen aufgreifen und die Potenziale nutzen müssen.

Matthias Busch: Mit Blick auf die Schule dürfen wir die grundlegenden Fragen nicht vergessen – da geht es nicht um Digitalität. Es geht darum, wie wir Schule öffnen und die Grundbedürfnisse der Schüler*innen sichern. Da taucht Digitalität zunächst gar nicht auf. Schulen sind das Gegenteil von Echokammern oder Blasen, und ich glaube diese analogen Kompetenzen, die wir da entwickeln, das Miteinander-Lernen, ist eine ganz wichtige Grundlage, um dann auch Digitalität zu leben und sich in die Welt öffnen zu können.

POLIS: Herzlichen Dank für die Teilnahme an der zweiten Ausgabe des POLIS-Podcast. Das ganze Gespräch zum Nachhören und Anschauen finden Sie unter dem Stichwort „POLIS Podcast Digitalisierung“ auf YouTube.



Didaktische Werkstatt

Julia Hastädt

Methodische und didaktische Potenziale digitaler Medien im Politikunterricht – Beispiele aus der Praxis

Kontroverse Twitter-Tweets als Diskussionsimpulse, Videokonferenzen mit Politiker_innen zum direkten Austausch, Produktion



Julia Hastädt ist Lehrerin für Sozialkunde und Geschichte und Medienbeauftragte am John-Brinckmann-Gymnasium Güstrow und als @medien_lehrerin in den sozialen Medien aktiv.

von Erklärvideos und Podcastfolgen zu politischen Themen, erste empirische Versuche in der Sozialforschung und nicht zuletzt die Auseinandersetzung mit Fake News, Hate Speech und Deepfakes sind nur eine Auswahl an Möglichkeiten des Lernens mit und über digitale Medien im Kontext des Politikunterrichts.

Der Einbezug digitaler Medien in den Unterricht ermöglicht – im Gegensatz zu schnell veraltenden Schulbüchern – tagesaktuelle Gegenwarts- und vor allem auch authentische Lebensweltbezüge. Dabei geht es nicht darum, den Unterricht in allen Phasen zu digitalisieren, sondern darum, die methodischen Potenziale zu nutzen, wenn es pädagogisch und didaktisch sinnvoll ist. Idealerweise wer-

den die Vorzüge sowohl traditioneller als auch moderner Lehr- und Lernmethoden miteinander verbunden, um zeitgemäßen Politikunterricht zu gestalten.

SAMR-Ansatz und die Möglichkeiten digitale Medien im Unterricht einzusetzen

Es ist nicht zuletzt seit der Veröffentlichung des Handlungskonzepts „Bildung in der digitalen Welt“ im Jahr 2016 durch die Kultusministerkonferenz unbestritten, dass auch die Bildungsinstitutionen vor der Herausforderung und Notwendigkeit der digitalen Transformation stehen. Dabei geht es nicht primär darum, ob Medien eingesetzt werden, sondern auf welche Weise. In diesem Zusammenhang kann zwischen verschiedenen Ebenen unter Berücksichtigung des „SAMR-Ansatzes“ gesprochen werden, die sich exemplarisch am Politikunterricht erläutern lassen.

Substitution

Das „S“ aus dem „SAMR-Modell“, das auf Ruben Puentedura zurückgeht, steht für „Substitution“ und meint die Ersetzung bisheriger Arbeitsmittel. Ein klassisches Unterrichtsbeispiel dafür ist, dass seitens der Lehrkraft anstelle von Tafelbildern mit Kreide digitale Präsentationen verwendet werden. Diese sind gut vorzubereiten und wiederholt ein-

setzbar, außerdem ersparen sie im Unterricht selbst die Zeit des Anschreibens. Zudem können Karikaturen, Statistiken, Fotoimpulse zu aktuellen politischen Themen einfach eingebunden und für alle gut sichtbar in entsprechender Größe ohne zahlreiche Ausdrucke dargestellt werden. Durch die bereits oftmals bestehende Möglichkeit, Inhalte mobiler Endgeräte schnell an einer Präsentationsfläche zu spiegeln, können z.B. auch Push-Benachrichtigungen der Tagesschau oder Hochrechnungen von Wahlergebnissen kurzfristig von Lehrer_innen, aber auch Schüler_innen mit in Unterrichtsgespräche und -diskussionen eingebracht werden. Diese Ebene des Medieneinsatzes stellt eine Verbesserung dar, schöpft aber nicht annähernd das methodische und didaktische Potenzial digitaler Lehr- und Lernsettings aus.



Kollaboratives Arbeiten an einem Etherpad

Quelle: J. Hastädt

Augmentation

Ähnlich ist dies bei der zweiten Ebene, der „Augmentation“, obgleich diese ergänzend zusätzliche Möglichkeiten im Bereich des schulischen Arbeitens schafft, da es sich um eine Erweiterung handelt. Beispielhaft dafür wäre das Erstellen eines digitalen Posters bzw. einer digitalen Präsentation anstelle eines Plakats. Als Erweiterung können dann unter anderem Videos eingefügt und (weiterführende) Literatur oder auch Social-Media-Kanäle von Parteien, NGOs etc. direkt verlinkt werden. Des Weiteren bietet der Einsatz von QR-Codes die Option, auch klassische Arbeitsblätter zu erweitern. Durch die entsprechende Auswahl an verschiedenen Materialien kann auch leicht eine Leistungs-differenzierung geschaffen werden, die das Lernen der Schüler_innen individueller gestalten lässt. Den Möglichkeiten sind fast keine Grenzen gesetzt, obgleich die Inhalte, auf die verwiesen wird, stets in einem engen thematischen Bezug zu den zu bearbeitenden Aufgaben stehen sollten.

Modification

Mit der „Modification“ beginnt eine Ebene der Implementierung von digitalen Medien, die eine echte Veränderung für den Unterricht bedeutet. Als Beispiele dafür können das kollaborative Schreiben und die digitale Interaktion dienen. Im Gegensatz zur Kooperation, die oft in Gruppenarbeiten Anwendung findet und bei der die Schüler_innen, die sich beispielsweise mit den Verfassungsorganen der Bundesrepublik Deutschland befassen, arbeitsteilig agieren und die verschiedenen Organe zwischen den Gruppenmitgliedern aufteilen sowie die Ergebnisse am Ende zusammenführen, wird bei der Kollaboration synchron/parallel gearbeitet.

Das erfordert eine sehr gut ausgeprägte Sozialkompetenz, denn beim synchronen Arbeiten in kollaborativen Dokumenten/Präsentationen besteht einerseits die große Chance gemeinsam Aufgaben zu bearbeiten, sich gegenseitig zu unterstützen und als Gruppe arbeitsökonomisch zu wirken, andererseits kann auch die Arbeit anderer boykottiert/gestört werden, indem beispielsweise Inhalte gelöscht oder bewusst auf andere Weise manipuliert werden. Der Einsatz kollaborativen Arbeitens erfordert daher eine angemessene Einführung und auch die

Chance des Ausprobierens der Möglichkeiten, bevor ernsthaft an einem Thema gearbeitet wird. Eine beliebte Aufgabenstellung in der thematischen Auseinandersetzung mit Parteien ist die konzeptionelle Erarbeitung einer Wahlkampfstrategie, z. B. für eine bevorstehende Wahl der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters, die möglichst viele wahlberechtigte Menschen – verschiedener Altersgruppen – anspricht. Dazu können die Schüler_innen zunächst in einem geteilten Textdokument Ideen schriftlich fixieren, Beiträge anderer kommentieren, Impulse weiterdenken und vertiefte Ansätze ergänzen. Bei den meisten Programmen sind anhand unterschiedlicher Farben auch stets die Autor_innen der Formulierungen erkenntlich.



Quelle: J. Hastadt

Videokonferenz mit einem Landtags-abgeordneten

Daran können die Schüler_innen, aber auch die Lehrkräfte, verfolgen, wie umfassend sich die einzelnen Gruppenmitglieder einbringen, was bestenfalls auch ein Aspekt der Motivation darstellt. Nachdem das Team für sich ein entsprechendes Konzept verfasst hat, geht es darum, dieses möglichst ansprechend vor der Klasse zu präsentieren, denn am Ende der thematischen Auseinandersetzung würde eine Abstimmung über das beste Konzept erfolgen. Der nächste Arbeitsschritt für die Schüler_innen wäre dann, kollaborativ eine kurze Keynote zu erarbeiten. In dieser sollte ein zeitgemäßer Präsentationsstil berücksichtigt werden, der auf wenig Text und tiefenwirksame Bildim-

pulse setzt, zu denen mündlich die Kernaussagen prägnant vermittelt werden.

Der Vorteil daran ist beispielsweise auch, dass seitens der Lernenden gesehen werden kann, wie andere aus der Gruppe arbeiten und sie sich gegenseitig Tipps geben können, weil sie immer alle Arbeitsfortschritte einsehen. Somit bedarf es am Ende auch keiner zeitaufwendigen Zusammensetzung einzelner Ausarbeitungen. Nach der Präsentation kann anonym über das beste Konzept im Plenum abgestimmt werden, wobei neben einer bloßen Wahl des besten Konzepts zugleich Feedback gegeben werden kann. Dieses kann dann von der Lehrkraft aufgegriffen und vorurteilsfrei davon, wer die Anmerkungen eingebracht hat, im Plenum besprochen werden. Damit gibt es wertvolle Impulse, mit denen das Unterrichtsgespräch begonnen werden kann und alle Schüler_innen – vor allem auch diejenigen, die mündlich eher zurückhaltend sind – haben die Chance, sich einzubringen und ihre Argumente können einbezogen werden. Ein weiterer Vorteil der anonymen digitalen Interaktion im Politikunterricht ist mitunter auch, dass der oft typisch auftretende Konformitätsdruck bei Fragen an das Plenum entfällt. Es bietet sich bisweilen im gesellschaftswissenschaftlichen Unterricht an, dieses Phänomen im Anschluss auf der Metaebene zu reflektieren. Aus den Praxiserfahrungen heraus waren Schüler_innen schon häufig überrascht über Ergebnisse anonymer Befragungen/Abstimmungen, weil sie ihren Erwartungen im Hinblick auf die Einschätzung der Mitglieder der Klassengemeinschaft oft widersprachen.

Redefinition

Die vierte Ebene des „SAMR-Modells“ umfasst die Möglichkeiten der Neubelegung von Lernsettings und Aufgabenformaten, die ohne digitale Medien auf traditionelle Weise nicht umsetzbar wären. Es ist damit die anspruchsvollste Ebene des Medieneinsatzes, die im unterrichtlichen Kontext anvisiert und nachhaltig implementiert werden sollte. Motivierender Politikunterricht lebt von Aktualitäts-, Lebenswelt- und Regionalbezügen, was nicht nur Freude bei der Unterrichtsvorbereitung, sondern auch bei der Durchführung erzeugt, denn egal wie desinteressiert einige Schüler_innen gegenüber der Auseinandersetzung mit politischen Themen anfangs sein mögen, weil sie mitunter das Gefühl haben, dass die Politik sich

für sie, da sie beispielsweise noch nicht wahlberechtigt sind, nicht ausreichend interessiert, umso aufgeschlossener werden sie, wenn sie selbst erfahren, dass Politik näher an ihrer Lebenswelt ist, als sie es sich vorgestellt haben. Dazu bietet es sich unter anderem an, Kontakt mit Politiker_innen aus dem Wahlkreis, dem die Schule angehört ist, aufzunehmen und diese zu einem Gespräch einzuladen. Obgleich persönliche Gespräche in Präsenz immer zu bevorzugen sind, ist das terminlich oftmals schwierig zu realisieren. Eine geeignete Alternative dazu ist die Zuschaltung von politischen Akteur_innen per Videokonferenz in den Unterricht. Derartige Gespräche können ebenfalls kollaborativ vorbereitet werden, sodass die Schüler_innen Leitthemen und -fragen für den Austausch sammeln und strukturieren. Darauf aufbauend können die Schüler_innen dann in Gruppen Podcastfolgen erstellen, in der sie Inhalte des Gesprächs zusammenfassen, Mitschüler_innen zu ihren Meinungen zu angesprochenen Themen befragen, vertiefte Informationen im Internet recherchieren, gegebenenfalls – je nach Jahrgangsstufe und Anspruch an das wissenschaftliche Arbeiten – Umfrage- bzw. Studienergebnisse einbeziehen und abschließend kritisch reflektieren sowie nach Möglichkeit Zukunftsperspektiven aufzeigen. Eine derartige Umsetzung im Unterricht wäre für eine Neubelegung traditioneller Lernsettings ohne den Einsatz digitaler Endgeräte/Medien nicht möglich.

4K-Modell des Lernens in der Praxis

Das 4K-Modell des Lernens, das im deutschsprachigen Raum vor allem durch den OECD-Direktor und Bildungspolitiker Prof. Dr. Andreas Schleicher bekannt und zunehmend verbreitet wurde, umfasst vier wesentliche Kompetenzen, die für das Lernen im 21. Jahrhundert von Bedeutung sind (https://www.oecd.org/education/2030-project/contact/OECD_Lernkompass_2030.pdf). Dazu zählen Kommunikation, Kollaboration, Kreativität und kritisches Denken. Obgleich dieses Modell bereits seit einigen Jahren im bildungswissenschaftlichen Kontext Verbreitung gefunden hat, ist es in der Praxis vielen Lehrkräften noch unbekannt. Nicht außer Acht gelassen werden sollte zudem, dass trotz der Fokussierung auf die sogenannten 21Century Skills, das Fachwissen nach wie vor von Bedeutung ist.



Für den Politikunterricht gibt es zahlreiche Ansätze, um nach dem 4K-Modell zu arbeiten. Diese zeichnen sich vor allem auch durch prozessorientierte Vorgehensweisen aus, was mit Blick auf die sehr geringe Stundenanzahl für gesellschaftswissenschaftliche Fächer mitunter zu Herausforderungen in der Praxis führen kann. Besonders gut lassen sich die entsprechenden Kompetenzen dadurch fördern, dass Gruppen kollaborativ eigene Lernprodukte selbst produzieren, für die sie inhaltlich zwar klare Vorgaben erhalten, bei deren Umsetzung ihnen aber viel kreativer Freiraum gelassen wird. Für Lehrkräfte erfordert dies ein Umdenken insbesondere in der Erwartungshaltung gegenüber den Arbeitsergebnissen, da diese sich – nicht unbedingt vom Inhalt – aber in der Art und Weise der Umsetzung stark unterscheiden können. Beispielhaft sind neben der Produktion von Podcastfolgen auch Erklärvideos sowie das Erstellen von interaktiven eBooks, die sowohl eigene Audio- und Filmaufnahmen als auch Texte, Grafiken etc. enthalten können. Derartiges mediengestütztes Arbeiten setzt nicht zwangsweise eine 1:1-Ausstattung der Schüler_innen voraus, aber zumindest die Möglichkeit der Nutzung mobiler Endgeräte im Unterricht. Interaktive eBooks eignen sich insbesondere für die Dokumentation von Arbeitsergebnissen eines umfassenderen Themenbereichs, da verschiedene Lernprodukte implementiert werden und die Lehrkräfte

aber auf Basis didaktischer Überlegungen die Entscheidung darüber treffen, welche methodischen Umsetzungen forciert werden sollten, obgleich dabei auch Wahlaufgaben enthalten sein können, was die Personalisierung des Lernens stärkt.

Chancen nutzen, Risiken kennen

Die Möglichkeiten der Potenzialentfaltung vom digitalen Lehren und Lernen sollten – insbesondere im Politikunterricht – bestmöglich ausgeschöpft werden, denn auch in der Gesellschaft erfolgt politische Teilhabe zunehmend über Online-Petitionen/Vorträge und Social Media. Politik beeinflusst die Medien, Medien beeinflussen aber auch zunehmend die Politik, sodass sie nicht umsonst seit Jahren als vierte Gewalt im Staat bezeichnet werden. Umso wichtiger ist es, auch die Risiken, die durch Fake News, Hate Speech, Bots und Deepfakes entstehen, zu kennen und mit Schüler_innen kritisch zu reflektieren. Dazu gehört auch, Quellen zu recherchieren und auf Richtigkeit zu prüfen, ganz gleich, ob es sich um Texte, Fotos, Grafiken oder Videos handelt. Schüler_innen zu unterstützen, sich zu mündigen demokratischen Bürger_innen zu entwickeln, ist ohne die Vermittlung fundierter Medienkompetenzen nicht mehr möglich. Dies zu erreichen ist eine Querschnittsaufgabe von Lehrkräften aller Fächer, insbesondere aber die der Lehrkräfte in der politischen Bildung.



Impuls
Termine
Personen
Berichte

DVPB aktuell

IMPULS

Der Krieg gegen die Ukraine – ein Politik- und Diskursversagen

von Johannes Varwick

Unlängst veröffentlichte das „Zentrum für Desinformationsbekämpfung“ des ukrainischen Sicherheits- und Verteidigungsrates eine Liste mit Personen, die „russische Propaganda“ betreiben würden. Der Leiter des Zentrums hat die Personen auf der Liste als „Informationsterroristen“ bezeichnet, die sich als Kriegsverbrecher verantworten müssten. Etwa 70 Personen aus verschiedenen Ländern werden hier regierungsamtlich gebrandmarkt – und ich habe das zweifelhafte Vergnügen, neben meinem Bonner Kollegen Christian Hacke als einziger deutscher Politikwissenschaftler auf dieser Liste zu stehen. Der Vorwurf: Wir würden Narrative verbreiten, die mit der russischen Propaganda übereinstimmen. Nachdem der ukrainische Botschafter in Berlin mich Anfang April ein „echtes Arschloch“ genannt hatte, ist dies ein weiterer Tiefpunkt in der Debatte um den Krieg in der Ukraine.

Damit auch hier keine Missverständnisse aufkommen: Russlands Krieg gegen die Ukraine ist in Zielen und Mitteln ein Zivilisationsbruch, der die internationale Politik auf vielen Ebenen verändern wird. Dieser Krieg ist eindeutig unprovokiert und illegal. Russland ist für sein Verhalten zurecht maximal isoliert und zahlt einen hohen Preis dafür. Der „Freiheitskampf“ (oder ist es ein Überlebens-

kampf?) der Ukraine ist aner kennenswert und verdient Unterstützung, auch wenn die hohe Zahl an Opfern und die massiven Schäden keinen Heldenmythos erlauben.

Dennoch gibt es bei professionellen Beobachtern sehr unterschiedliche Einschätzungen zur Frage, wer welche Verantwortung für die Lage trägt, ob dieser Krieg zu verhindern gewesen wäre, welche Kriegsziele Russland mit welchen Mitteln verfolgt und ob es sie erreichen kann – und was wir dagegen oder dafür tun könnten. Daran hängt auch die Frage, ob der Ukraine möglichst schnell und möglichst wirksame Waffen geliefert werden sollten. Besonders heftig wird über die Frage gestritten, ob Russland inzwischen ein faschistisches Regime geworden ist, mit dem schon deshalb kein Interessensausgleich möglich war, oder Russland „nur“ eine revisionistische Macht ist, die einhegbar ist. Zunehmend die Runde machende „Putin-Hitler-Vergleiche“ verschärfen die Fronten im innenpolitischen Meinungsstreit und bereiten – was denn sonst – den Boden für eine Mobilisierung in einen Krieg mit Russland, vermutlich eher als Stellvertreterkrieg in der Ukraine. Das ist ein Ritt auf der Rasierklinge.

Die öffentliche Diskussion spiegelt diese Kontroversen nur unzureichend wider.¹ Der

Diskursraum hat sich zunehmend verengt. Die Unversöhnlichkeit der Argumente, das bewusste Missverstehen, die wechselseitigen Unterstellungen („Kriegstreiber“ versus „Beschwichtiger“, „Ukraine-Freund“ versus „Ukraine vor den Bus werfen“) und vor allem der Verlust an Grautönen sind nicht nur eine

Prof. Johannes Varwick ist seit März 2013 Professor für Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Universität Halle-Wittenberg. Persönliche Homepage und Aktuelles siehe: <https://www.johannes-varwick.de>



persönliche Belastungsprobe für langjährige Freundschaften oder wissenschaftliche Netzwerke. Ich selbst kann von Tagungsausladungen und (was nicht nachweisbar ist, aber ins Bild passt: zunehmende Nichteinladungen) in etablierten Diskussionszusammenhängen meiner eigenen community berichten.

Nach fast einem halben Jahr Krieg hat sich die Debatte in diesem Land (erwartbar) radikalisiert. Das mag nicht das Hauptproblem sein – denn natürlich ist der eigentliche Skandal, dass durch den Zivilisationsbruch Russ-

lands in der Ukraine zehntausende unschuldige Menschen sinnlos sterben, die europäische und internationale Friedensordnung kaputtgeschossen und die globalen Folgen – von Hungersnöten bis einer in Trümmern liegenden internationalen Sicherheitsarchitektur – massiv sind. Aber wer nicht bei drei beim Mainstream ist, der gilt in diesem Lande inzwischen als „fringe“.

Wir haben offenkundig verlernt, auch kontroverse andere Standpunkte als zumindest legitime Debattenbeiträge wahrzunehmen. In Kriegszeiten mag das nachvollziehbar sein, für eine demokratische Debattenkultur ist das aber fatal. Denn gute Lösungen entstehen natürlich nicht im Hinterherrennen hinter einem schmalen Meinungskanon, sondern durch Widerspruch und die Bereitschaft, Argumente abzuwägen. Dass dies in der Ukraine derzeit nicht möglich ist, ist verständlich. Wir sollten uns aber den Luxus erlauben, distanzierter und damit abgewogener zu urteilen oder zumindest breiter und tiefer Gesamtzusammenhänge wie Risiken zu erkunden. Dafür braucht es Vielfalt und Streit statt Einfalt und geschlossene Reihen.

„Sie hat sich nicht entschuldigt“ – so etwa die mediale Quintessenz des Auftritts Angela Merkels im Berliner Ensemble, mit dem sie ihre Russlandpolitik der vergangenen 16 Jahre zu erklären versucht hat. Nun ist es zweifellos in Ordnung, die ehemalige Kanzlerin zu hinterfragen und zu kritisieren. Aber wäre es nicht angemessener, die Grautöne der Kanzlerin in dieser Frage unaufgeregter wahrzunehmen und nicht über sie herzufallen, als ob nicht jede politische Entscheidung auch aus der jeweiligen Zeit zu erklären und zu beurteilen sein kann? Henry Kissingers oder Klaus von Dohnanyis Mahnungen, einen Interessensausgleich mit Russland anzustreben, spiegeln sich ebenso wenig prominent im medialen Diskurs wider wie die kontinuierlichen kritischen US-Amerikanischen Stimmen wie die von John Mearsheimer, einem der Großen der realistischen Schule der akademischen Lehre von den internationalen Beziehungen.

Es gibt im Diskurs zu diesem Krieg bei professionellen Beobachtern und hinter den Kulissen auch in der Politik eine ganze Reihe an sehr kontroversen Einschätzungen und niemand hat den Stein der Weisen gefunden oder ein Erklärungsmonopol. Es gibt irrice Argumente und auch Propaganda, natürlich

– und die gilt es zu entlarven. Aber in einem demokratischen Diskursraum lassen sich richtige Lösungen eben selten im politischen Reagenzglas destillieren. Werner Patzelt hat Wissenschaft mal als jenes menschliche Handeln bezeichnet, das auf die Herstellung solcher Aussagen abzielt, die jenen Aussagen an empirischem und logischem Wahrheitsgehalt überlegen sind, welche schon mittels der Fähigkeiten des „gesunden Menschenverstands“ formuliert werden können. In der Wissenschaft finden sich aber keine einheitlichen Bewertungen zu diesem Krieg, weder innerhalb der strategischen Studien noch bei Militärexperten noch den Osteuropawissenschaftlern (obschon es hier einen breiten Konsens gibt). In den Talkshows dieser Republik spiegelt sich diese Breite selten wider, meist gibt es nur einen „Quotenabweichler“ (oft so dünn besetzt, dass er oder sie sich ideal als Pappkamerad eignet), über den dann der Rest der Runde genüsslich herfallen darf. Niemand behauptet, es könne keine kritische Diskussion mehr geführt werden oder wir seien gar bei einer medialen Gleichschaltung angekommen. Aber Demokratie braucht Konflikt, Demokratie braucht aber auch eine gemeinsame Basis und ein Mindestmaß an Ausgewogenheit und Respekt.

Wenn etwa jenen, die sich erlauben zu fragen, ob Waffenlieferungen an die Ukraine nicht eher Konfliktbeschleuniger sind, unterstellt wird, damit werde dem russischen Narrativ gefolgt oder diese gar als „Putinfreunde“ diffamiert werden, dann wird eine rationale strategische Diskussion verunmöglicht. Denn natürlich kann es auch sein, dass mit Waffenlieferungen ein womöglich aussichtsloser Kampf der Ukraine nur verlängert oder blutiger wird. Und es ist ebenso denkbar, dass Russland aufgrund immer mehr westlicher Waffenlieferungen die Staaten, die dies tun, als Kriegspartei betrachtet und wir, ob gewollt oder nicht, am Ende doch in einem Krieg mit Russland landen. Dass dieser am Ende auch nuklear eskalieren könnte, ist zumindest eine ernstzunehmende Annahme, die nicht einfach damit vom Tisch gewischt werden kann, dass man sich aus Sorge oder gar Angst davor nicht wie das Kaninchen vor der Schlange verhalten dürfe und damit vollkommen erpressbar sei. Gleiches gilt für die Frage, ob es klug ist, der Ukraine nun eine schnelle Beitrittsperspektive zur Europäischen Union

zu verschaffen und sie damit unwiderruflich ins westliche Lager zu holen.

Auch die Debatte um die Ursachen dieses Krieges und die westlichen Versäumnisse kann in diesem Land kaum noch nüchtern geführt werden. Allein die Frage zu stellen, gilt Vielen bereits als das Betreiben des Geschäfts Moskaus. Das ist auch deshalb besonders schädlich, weil es den Blick für mögliche Lösungen dieses Konfliktes verbaut. Mit einem gesinnungsethischen Kompass ist eine vorbehaltlose Unterstützung der Ukraine mehr als berechtigt. Ob dies allerdings einer Verhandlungslösung dient, ist fraglich. Es braucht vielmehr einen verantwortungsethischen Ansatz, der nüchtern – und allein dieser Gedanke wird zu Unrecht tabuisiert – den Versuch eines Interessensausgleichs mit Russland wagt und nicht auf einen Sieg gegen Russland setzt. Diesen Weg einer realpolitischen Frontbegradigung war und ist im Westen aber kaum jemand bereit auszuloten, auch weil man die Existenz von Einflusszonen tabuisiert und die eigenen Prinzipien fundamental setzt. Wer aber eine komplette Niederlage Russlands oder einen Rückzug hinter die Grenzen vor dem 24. Februar 2022 zum Ziel bzw. als Voraussetzung für eine Friedenslösung erklärt, der hilft der Ukraine nicht, sondern landet letztlich im Krieg mit Russland.

Es wird vermutlich am Ende eine neutrale, demilitarisierte und territorial veränderte Ukraine geben, die nicht eindeutig dem westlichen oder russischen Einflussgebiet zufällt. Hier sind Kreativität und der Willen gefragt, Politik vor vermeintliche Lösungen auf dem Schlachtfeld zu setzen. Entlang dieser Linie wird eine Verhandlungslösung gefunden werden müssen, natürlich zu möglichst guten Bedingungen für die Ukraine. Wer das als naives Appeasement diffamiert, unterschätzt die Eskalationsrisiken dieses Krieges und überschätzt zugleich die Durchhaltefähigkeit der gegenwärtigen westlichen Strategie. Nicht der Anspruch auf dauerhafte und moralisch einwandfreie Lösungen, sondern ein Einfrieren dieses Konflikts ist das Gebot der Stunde. Ein unter den bestehenden Bedingungen „unlösbarer“ Konflikt wird mithin nicht durch das Anstreben einer Ideallösung überfrachtet, sondern durch einen beiden Seiten zu vermittelnden Minimal-Kompromiss „auf Eis“ gelegt. Das bedeutet natürlich keine Erfolgs-

garantie, ist aber angesichts der Alternativen eine verantwortbare Strategie.

Man mag mit jeweils guten Argumenten zu dem einen oder dem anderen Ergebnis kommen. Es gibt aber nicht nur ein Richtig oder ein Falsch. Und vor allem betreibt man nicht zwingend das Geschäft Russlands oder verrät die Ukraine, wenn man hier eine Minderheitenposition vertritt. Wenn man wegen einer Minderheitenposition auf einer schwarzen Liste landet und damit zum Abschuss

freigegeben wird, endet jede sachliche Auseinandersetzung. So war lange vor der Veröffentlichung der ukrainischen Liste in der Online-Ausgabe der FAZ unter der Überschrift „Geländegewinne für den Deutschenversteher“ über meinen Auftritt in einer Sendung von Maybrit Illner, in der ich versucht habe, auf die Risiken von Waffenlieferungen hinzuweisen und für einen Interessenausgleich mit Russland geworben habe, zu lesen: „Varwicks Reaktion ist ein weiteres positives Testergeb-

nis, das dem Deutschenversteher Putin anzeigt, mit seiner psychologischen Kriegsführung auf dem richtigen Weg zu sein“. Wer die Debatte so führt, dient ihr nicht.

Anmerkung

- 1 Siehe dazu auch: Johannes Varwick: Raus aus der Eskalationsspirale – ein Fallbeispiel, in: WeltTrends April 2022, S. 52 – 57.

BERICHTE

Nordrhein-Westfalen

Neuer Vorstand der DVPB in Nordrhein-Westfalen mit neuen Köpfen

Im Anschluss an das gelungene Landesforum in Bochum fand nach Zeiten der Coronavirus-Pandemie die Mitgliederversammlung zum ersten Mal wieder real statt. Sowohl die Vorstandsmitglieder als auch anwesende Mitglieder waren sichtlich erfreut, sich wieder face-to-face austauschen zu können. Neben den üblichen Tagesordnungspunkten standen diesmal auch Satzungsänderungen und Neuwahlen für den Landesvorstand an.

Vorab begrüßte die Landesvorsitzende Bettina Zurstrassen die anwesenden Mitglieder und führte in die beschlossene Tagesordnung ein. Traditionell behandelt ein Tagesordnungspunkt das vorher stattgefundene Landesforum (s. Bericht in dieser Ausgabe!).

Der vorlegte detaillierte Rechenschaftsbericht vermittelte den Anwesenden einen guten Überblick über drei Jahre fachverbandlicher Arbeit, die so im Alltag und unter den restriktiven Bedingungen der Pandemie nur ansatzweise wahrgenommen worden ist. Interessant die Mitteilung des Geschäftsführers, dass sich im Berichtszeitraum die Tagungsfrequenz des Vorstandes durch die Durchführung von Videokonferenzen verdreifacht habe. Für ehrenamtliche Tätige schon eine Herausforderung. Die Versammlung

würdigte die Aktivitäten des Vorstandes durch einen langen Applaus und die Vorsitzende Bettina Zurstrassen im Besonderen, da sie unermüdlich den „Laden zusammengehalten hat“. Der Kassenprüfungsbericht wurde vorgetragen und der Antrag auf Entlastung des Vorstandes einstimmig angenommen.

Die Notwendigkeit der Satzungsänderungen wurden vom geschäftsführenden Vorstand vorgetragen. Die Änderungen beziehen sich auf folgende Aspekte: Neuregelung der Wahl der Vorstandssprecher:innen, Aktualisierung des Datenschutzes (DS-GVO), digitalisierte Verbands- und Vorstandsarbeit, Schärfung der Ausschlussmöglichkeiten aus dem Fachverband.

Die Satzungsänderungen wurden einstimmig bei einer Enthaltung angenommen. Mit dem Eintrag in das Vereinsregister treten sie in Kraft. Da die aktuellen Neuwahlen zum Vorstand, hier erster Vorsitzender und zwei Stellvertreter, noch nach altem Satzungsrecht durchgeführt werden mussten, war ein Beschluss notwendig, der die drei Vorsitzendenfunktionen in das neue Recht (gleichberechtigt, Sprecherwahl) überführt.

Die Vorstandswahlen führten zu einem erfreulichen Ergebnis im doppelten Sinne: Bestätigung des geschäftsführenden Vorstandes (Bettina Zurstrassen, Iris Witt, Franziska Wittau, Oliver Krebs und Sven Brehmer) und elf Beisitzer:innen, von denen vier neu gewählt wurden (Mohamed El Barraki, Dr. Benedikt Giesing, Uli Krüger, Antje Menn, Dr. Kuno Rinke, Rainer Schiffrers, Christel Schrieverhoff, Andreas Schlattmann, Thorsten Obel, Steffen Pelzel, Tim Unger, Eva Kristin Vogt).

Ausgeschieden sind: Benedikt Roth, Hildegard Rühling-Blomert, Andrea Szukala, Andreas Wüste und nach fast 40 Jahren Vorstandstätigkeit in NRW Helmut A. Bieber. Eine offizielle Verabschiedung ist geplant.

Der neu gewählte Vorstand wird im Rahmen einer Klausurtagung Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit diskutieren, die in der Mitgliederversammlung genannt wurden: neue Formen der Mitgliederwerbung (Fördermitgliedschaft), Fortbildungskonzept, Weiterentwicklung Netzwerk „Bildungs- und Wissenschaftspolitik“, „Marketing“ von der Zeitschrift Politisches Lernen und Weiterentwicklung der Webseite, Mitgliederservice, u.a.

Die Mitgliederversammlung, Neuwahlen und das Landesforum – ein gelungener Tag der Politischen Bildung für NRW! Den Rechenschaftsbericht finden Sie auf der Internetseite <https://dvpb-nw.de!>

Bundeswehr und Schule – Ihre Meinung ist gefragt! Umfrage

Im Zuge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine wird die Diskussion über das Thema „Bundeswehr und/in der Schule“ wieder intensiver geführt. Wir, Bettina Zurstrassen und Franziska Wittau von der Universität Bielefeld, möchten erheben, wie Lehrkräfte Kooperationsveranstaltungen mit der Bundeswehr oder die Nutzung von Informationsmaterial der Bundeswehr im Unterricht beurteilen. Hierfür sind wir auf Ihre Erfahrungen und Ihre Expertise angewiesen. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht? Nutzen Sie Informationsmaterial der Bundeswehr im Unterricht? Haben Sie Jugendoffiziere an Ihre Schule eingeladen? Gab es Kritik an der Kooperation mit der Bundeswehr an Ihrer Schule?

Die Bearbeitung des Fragebogens nimmt circa 10 Minuten in Anspruch. Die Daten werden vertraulich behandelt, die Beantwortung erfolgt vollständig anonym.



Oliver Krebs überreicht Bettina Zurstrassen ein kleines Dankeschön!

Quelle: hab

hab

Das World-Café begeistert beim Landesforum der DVPB-NW

„Live und in Farbe“ – so kann man das diesjährige Landesforum der dvpb-nw, das am 22.8.2022 an der Ruhr-Universität Bochum stattfand, bezeichnen. Nachdem in den zwei Jahren zuvor das beliebte Landesforum digital stattfinden musste, traf man sich nun wieder in Präsenz, um sich zum Thema „Neue Zeiten, neue Wege? Herausforderungen und Möglichkeiten politisch-gesellschaftlicher Bildung“ auszu-

tauschen. tische Bildung NRW) und Prof. Dr. Bettina Zurstrassen (Universität Bielefeld und Vorsitzende der DVPB NW) den Thesen des Plenums.

Benedikt Widmaier, ehemaliger Direktor „Haus am Maiberg“, Heppenheim und 1. Vorsitzender der DVPB Hessen (Thema: Extremismus), Prof. Dr. Alexander Wohnig, Universität Siegen (Thema: Ungleichheit), Lisa Schneider, Sonderpädagogin und Kriminologin, Uni Siegen (Thema: Diversität und Inklusion), Rainer Schiffrers, DVPB NW (Thema: Berufliche politische Bildung), Eva Kristin Vogt, Universität Bielefeld, DVPB NW (Thema: Politische Bildung in der Sekun-

darstufe I) sowie Tim Unger, DVPB NW, (Thema: Lehrer:innenbildung) eruierten gemeinsam „auf Augenhöhe“ mit Teilnehmer:innen in konstruktiver und entspannter Atmosphäre die Herausforderungen politischer Bildung in ihren Schwerpunktbereichen und formulierten Thesen für die sich anschließende Podiumsdiskussion. Dort wurden die Koordinationsprobleme, die es in der Zusammenarbeit zwischen Bund und Land gibt, angesprochen – hervorgegangen aus der Frage, warum es so viele Projekte zur Förderung von Demokratiebildung gibt, die aber nicht bei den Zielgruppen landen. Dort wäre eine stärkere Bündelfunktion besser, so Dr. Kost im Podiumsgespräch. Dr. Bettina Zurstrassen ermunterte die Anwesenden abschließend dazu, die „Ewigkeitsaufgaben“, mit denen politische Bildner:innen und die Gesellschaft seit Jahrzehnten konfrontiert seien (so beispielsweise Rechtsextremismus oder soziale Ungleichheit) weiterhin konstruktiv und kraftvoll anzugehen.

Im Nachgang der Veranstaltung meldete sich Dr. Sibylle Reinhardt noch von der Rückfahrt mit dem Zug nach Halle und bedankte sich bei der DVPB NW für den tollen Austausch beim „schönen Landesforum“.

Antje Menn,
DVPB NW

tauschen.

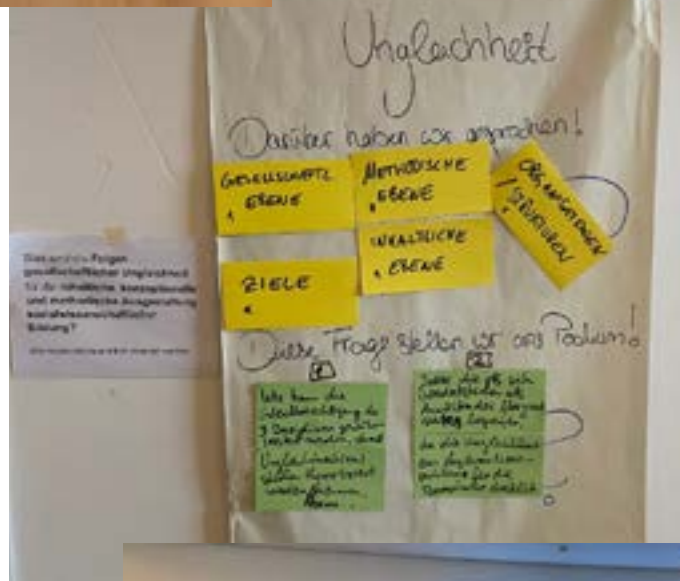
Dabei begeisterte die Methode des „World-Cafés“ sowohl die Expert:innen wie beispielsweise Prof. i.R. Dr. Sibylle Reinhardt (Lehrer:innenbildung) und Prof. Dr. Tim Engartner (Bildungspolitik für politische Bildung) als auch die Teilnehmenden.

Positionen nach der Frage der Zukunft und Ausgestaltung politisch-gesellschaftlicher Bildung konnten an gemeinsamen Tischen in direktem Austausch eruiert und Antworten auf Fragen und Herausforderungen entlang verschiedener Schwerpunkte gefunden werden.

So wurden Forderungen nach einer Verlängerung des Referendariats auf zwei Jahre, dessen Kürzung vor einigen Jahren auf 1,5 Jahre vor der Einführung des Praxissemesters begründet wurde, laut. Auch eine Öffnung der Zentren für schulpraktische Lehrerbildung für die 3. Phase der Lehrer:innenausbildung wurde gefordert. Diese Forderungen wurden formuliert vor dem Hintergrund der Frage, wie sichergestellt werden könne, dass im Rahmen der 1. Phase der Lehrer:innenausbildung der integrative Charakter des Faches Sozialwissenschaften abgebildet wird.

Kritisch moniert wurden die mangelnde Anzahl an Studienplätzen für das Fach Sozialwissenschaften. Wie könne es sein, dass auf der einen Seite in jedem Bundesland Demokratiezentren eröffnet würden, es auf der anderen Seite aber einen Mangel an Studienplätzen für diejenigen gebe, die Kinder und Jugendliche maßgeblich und primär politisch (aus)bilden. Ein weiterer Aspekt, der die Ausrichtung der politischen Bildung in den Fokus nahm, war die Frage, ob die politische Bildung (sich) wieder stärker als Anwältin der Marginalisierten begreifen soll, da die Ungleichheit ein Legitimationsproblem für die Demokratie darstelle.

In einer anschließenden Podiumsdiskussion stellten sich Nicole Riggers (Mitglied des Vorstandes von Zukunft durch Industrie e.V., Düsseldorf), Prof. Dr. Andreas Kost (Stv. Leiter der Landeszentrale für poli-



Bremen

3. Demokratietag zur politischen Bildung in Bremen

Im Mai 2022 konnte der lang angekündigte und mehrfach verschobene *Demokratietag* im Haus der Bürgerschaft am Marktplatz in Bremen endlich statt-

© Landesinstitut für Schule Bremen



finden. Das Ziel des Demokratietages war, mit den Perspektiven von allen an Schule Beteiligten kritisch reflektierend auf die Lage der politischen Bildung und demokratischen Schulentwicklung zu schauen und gemeinsam Ideen und Maßnahmen zur Verbesserung zu entwickeln. Bereits das zehnköpfige Organisationsteam hat den Tag aus dieser Mehrperspektivität konzipiert und durchgeführt: Es bestand aus Akteur:innen der Universität, Vertreter:innen der Aus- und Fortbildung am Landesinstitut für Schule, Lehrkräften, Schulleiter:innen und Schüler:innen. Trotz mehrfacher Verschiebungen ist das Team zusammen geblieben – und das hat sich gelohnt! Die beim Demokratietagtag von den Teilnehmenden entwickelten Themen, Thesen und Forderungen sind stichhaltig, wegweisend und zeitgemäß. Nach dem Eingangsvortrag von Prof. Dr. Andreas Klee haben Schüler:innen, Schulleiter:innen, Schulsozialarbeiter:innen und Lehrer:innen am Vormittag getrennt und am Nachmittag miteinander alle ihnen wichtigen Themen zur Förderung von politischer Bildung und demokratischen Entwicklungen im Unterricht und Schulalltag besprochen. Von antidiskriminierender Schulkultur über Mitbestimmung bis hin zum Politikunterricht wurden anhand der Fragen „Was kann ich dafür tun?“ und „Was kann Politik dafür tun?“ kollaborativ über ‚taskcards‘ konkrete Antworten und Maßnahmen entwickelt.

Einig waren sich alle Teilnehmenden, dass es mehr Stunden für politische Themen im Unterricht und auch mehr AG-Angebote sowie mehr Politikunterricht geben müsse – ebenso mehr Zeit und Gelegenheiten für Meinungsaustausch und Debattemöglichkeiten in Schule und Unterricht sowie für Mitbestimmung der Schüler:innenvertretungen. Konzepte und insbesondere verantwortliche Zuständige in Schulen für mehr demokratische politische Bildung und gegen Diskriminierung sollten eingerichtet werden, um einen Ausbau der Strukturen zu realisieren.

Diese Aspekte sowie dessen Umsetzbarkeit wurden präsentiert und mit der Senatorin für Kinder und Bildung Sascha Karolin Aulepp diskutiert. Jede:r Teilnehmer:in hatte bei diesem niedrigschwelligen Gesprächsformat die Gelegenheit eigene Fragen zu stellen.

Die Teilnehmenden werden in den nächsten Monaten zu mehreren Formaten eingeladen, um ihre Ideen und Maßnahmen weiter entwickeln und miteinander abstimmen zu können.

Unterstützungs- und Qualifikationsreihe zur Stärkung demokratischer politischer Bildung

Die erste Unterstützungs- und Qualifikationsreihe zur Stärkung demokratischer politischer Bildung in Schule und Unterricht hat im Januar dieses Jahres begonnen. Die einjährige Reihe bietet fachfremden Lehrpersonen Grundlagen zur Didaktik der politischen Bildung sowie unterschiedliche Schwerpunktthemen und eine 2-tägige Klausurtagung zur Entwicklung eigener Vorhaben zur Umsetzung. Thematisch deckt die Reihe Grundlagenthemen wie den Beutelsbacher Konsens und politische Urteilsfähigkeit ab, bietet aber auch Raum für aktuelle Thematiken, wie den Umgang mit Antisemitismus. Begleitet wird die Reihe durch Beratungs- und Austauschtermine und endet im Dezember mit den Präsentationen der Vorhaben und Umsetzungen der teilnehmenden Lehrkräfte im Forum des Landesinstituts für Schule Bremen. Sie ist als Kooperationsangebot von Akteur:innen aller Phasen der Lehramtsausbildung in Bremen (zap/Uni Bremen und dem Landesinstitut für Schule Bremen) konzipiert, geplant und durchgeführt.

Schon jetzt wird dieses Format von den Teilnehmenden als wertvoll und bereichernd gelobt, sodass die Ausschreibung für den nächsten Durchgang 2023 bereits erfolgt ist.



© Utkrike Lange



© Utkrike Lange

Buchvorstellung „Politik und Regieren in Bremen“

Am 30. Juni 2022 haben Dr. Matthias Güldner (Mitherausgeber und Autor) und Prof. Dr. Günter Warsawa (Autor) das neu erschienene Buch „Politik und Regieren in Bremen“ für den Bremer Landesverband der DVPB und weiteren Gästen vorgestellt! Zu diesem ausgesprochen gelungenen und lesenswerten Buch über den Zwei-Städte-Staat wurden nach einem Überblick zu den 521 Seiten die Politikfelder Bildungs- und Sozialpolitik Bremens fokussiert. Diese exklusive Veranstaltung wurde auch über das anschließende gemeinsame Fachgespräch mit den Anwesenden als sehr anregend und informativ wahrgenommen.

Zu guter Letzt bedankt sich der Bremer Landesverband herzlich für den neuen, landesspezifischen DVPB-Flyer! Mit diesem konnten zu den oben genannten Veranstaltungen bereits neue Mitglieder gewonnen werden.

Claudia Froböse

© Claudia Froböse



Themenabfrage beim Open Space



Diskussionsrunde zu Open Space Themen

Thüringen

„Hat Corona auch unsere Demokratie infiziert?“

Bericht zu den Jenaer Gesprächen zur politischen Bildung

Die Jenaer Gespräche zur politischen Bildung gehören inzwischen zu den „Klassikern“ unter den Veranstaltungsformaten des Landesverbandes: In Kooperation mit dem Politikdidaktik Lehrstuhl der FSU Jena und dem Thüringer Institut für Lehrerfortbildung (ThILLM) wird ein Mal im Jahr ein fachwissenschaftliches Thema aufgegriffen und mit Expert*innen diskutiert. Unter dem Titel „Infizierte Demokratie?“ Bringt Corona die Demokratie an ihre Grenzen?“ konnten wir Politikwissenschaftlerin Dr. Anne Küppers als Vortragende und Diskussionspartnerin gewinnen. Um den Teilnehmer*innen die Anfahrt zu ersparen und auch Kolleg*innen anzusprechen, die abseits der Universitätsstadt wohnen, wurde die Veranstaltung als Online-Event durchgeführt.

Nach einer Begrüßung des Landesvorsitzenden, Anselm Cypionka, und einleitenden Worten durch Prof. Michael May, fanden sich die Teilnehmer*innen in Kleingruppen zusammen und tauschten sich nach einer Vorstellungsrunde zu ihren Unterrichtserfahrungen mit dem Thema aus. Deutlich wurde aus den Gesprächen, dass Corona als Unterrichtsgegenstand und politische Erfahrung von den Schüler*innen lerngruppenspezifisch sehr unterschiedlich wahrgenommen wurde. Geteilt wurde aber die Wahrnehmung, dass die Erarbeitung und Abwägung unterschiedlicher Auslegungen des Wertes „Freiheit“ eine zentrale Bedeutung in der unterrichtlichen Auseinandersetzung mit dem Thema eingenommen habe.

Nach dieser ersten Gruppenphase wurde das Wort an Dr.*in Küppers übergeben, die sich in ihrer Forschung mit dem Zusammenhang von politischer Ideologie und Wissenschaftsskeptizismus auseinandersetzt und Co-Autorin des „Thüringen Monitors“ ist – eine jährlich stattfindende repräsentative Bevölkerungsbefragung zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen. Die Ergebnisse des aktuellen Monitors mit dem Themenschwerpunkt Corona-Pandemie, bildeten den Mittelpunkt ihres Vortrags. So führte sie etwa aus, dass sich in der Studie deutliche Verschiebungen in den politischen Einstellungen zur Demokratie, Rechtsextremismus und Diversität durch die Pandemie erkennen lassen. Während die Kritik am Pandemiemanagement und die Aktivität der Anti-Corona-Bewegung zugenommen habe, ergaben die Daten keine Hinweise auf eine Demokratie- bzw. Vertrauenskrise in Thüringen. Insgesamt sei der Anteil der Corona-Skeptiker im Vergleich zum Pandemiebeginn gesunken, aber die Radikalisierung habe zugenommen. Durch die geringe Überlappung von Corona-skeptischen und rechtsextremen Einstellungen wird davon ausgegangen, dass diese Radikalisierung nicht in Richtung des „klassischen“ Rechtsextremismus stattfindet, sondern sich hier eine ganz eigene Form von Extremismus entwickeln könnte. Die Daten zeigten auch, dass die Thüringer Bevölkerung insgesamt eine ausgeprägte Affinität zu alternativen bzw. ergänzenden demokratischen Entscheidungsverfahren habe. Wer dabei an Verschwörungserzählungen glaubt, befürwortet v.a. direktdemokratische Verfahren, während Corona-skeptisch eingestellte Bür-

ger*innen direktdemokratische und technokratische Entscheidungsverfahren bevorzugen.

In der abschließenden Frage- und Diskussionsrunde wurde nicht nur inhaltlich über Erklärungsmuster für einzelne Befunde und Konsequenzen für Politik und Zivilgesellschaft gesprochen, sondern sich auch methodisch darüber ausgetauscht, wie der Thüringen Monitor als Instrument im Unterricht eingebunden werden kann. Wir danken allen Beteiligten für das lebendige Jenaer Gespräch!

*Ilka Maria Hameister
(Beisitzerin Landesvorstand)*

Landesverband verlieh zum 13. Mal in Folge den Abiturpreis

Am 06. Juli 2022 verlieh der Landesverband der DVPB im Thüringer Landtag den Abiturpreis. In diesem Jahr lobte die Jury drei Preisträger*innen aus.

Den ersten Preis erhielt Martin Schöppe vom Georg-Samuel-Dörffel-Gymnasium aus Weida. Der zweite Preis ging an Rosa de Rudder von der Staatlichen Gemeinschaftsschule Jenaplan Weimar. Mit dem dritten Preis wurden Jule Aschenbach und Magdalena Höppner vom Humboldt-Gymnasium aus Weimar ausgezeichnet. Der Vorstand des Landesverbandes der DVPB Thüringen wählte in einer geheimen Jursitzung Anfang Juni unter den zahlreichen Bewerbungen aus ganz Thüringen die Preisträger*innen aus und begründete die Auswahl in den Laudationes. Die Preisträger überzeugten die Jury u.a. aufgrund ihrer sehr guten Leistungen im gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeld und der Aktualität und Kontroversität in den Ausführungen ihrer Seminarfacharbeiten. So setzten sich die Abiturienten u.a. mit dem Thema „Klimawandel und Massentourismus – Zerstören wir die Alpen?“ oder dem langen Streit um den Paragraphen 218 auseinander. Beeindruckt zeigte sich die Jury jedoch v.a. vom herausragenden ehrenamtlichen Engagement der Jugendlichen. Dieses reicht von der aktiven Beteiligung in Schülergremien auf regionaler und nationaler Ebene, über Parteimitgliedschaften bis hin zur Leitung von Arbeitsgemeinschaften und der Integration von Kindern nicht deutscher Herkunft.

An der Feierstunde nahmen mit rund 60 Gästen so viele wie noch nie teil. Landtagspräsidentin Birgit Keller würdigte in ihrer Ansprache die Leistungen

der Preisträger und stellte die große Bedeutung des Engagements der Jugendlichen für die Gesellschaft heraus. „Der Sozialkundeunterricht ist für junge Menschen die Schnittstelle zur gelebten Demokratie. Wir zeichnen deshalb nicht nur das vorbildliche Engagement junger Abiturient*innen im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich aus, sondern auch Lehrerinnen und Lehrer, die auf inspirierende Weise ihre Schüler*innen Demokratie und politisches Verständnis sowie soziales Engagement vorleben und vermitteln“, so die Landtagspräsidentin.

Im Beisein von Eltern, Lehrenden und Lernenden sowie Mitarbeitern des Landtags überreichte die Landtagspräsidentin, der Leiter der Landeszentrale für Politische Bildung, Franz-Josef Schlichting, und Toralf Schenk von Landesverband der DVPB die Buch- und Sachpreise, die neben der einjährigen kostenlosen Mitgliedschaft im Landesverband ausgelobt worden waren. Der erste Preis erhielt zudem noch eine Geldzuwendung.

Im zweiten Teil der Veranstaltung wurden zum zweiten Mal auch engagierte Sozialkundeführer*innen ausgezeichnet. Damit dankte der Landesvorstand den Lehrenden für ihr Engagement im Rahmen der schulischen und außerschulischen politischen Bildungsarbeit. Unter den Bewerbungen überzeugten die Jury vor allem zwei, die ebenfalls mit einem Geld- und Sachpreis, sowie einer Urkunde und einer kostenlosen einjährigen Mitgliedschaft ausgezeichnet wurden.

Monika Becker vom Friedrich-Schiller-Gymnasium in Weimar und Volker Rother vom Staatlichen Berufsbildenden Schulzentrum für Technik aus Gera erhielten die Auszeichnungen. Beide sind verdienstvolle Kolleg*innen, die zudem mit diesem Schuljahr aus dem Schuldienst ausscheiden und in den Ruhestand gehen. Sie leiteten u.a. über Jahre die Fachschaften an ihrer Schule, arbeiteten als Fachberater, wirkten in Arbeitsgruppen zur Qualitätssicherung von Unterricht mit, engagierten sich in der Lehrerbildung und überzeugten durch zeitgemäßen modernen Unterricht. In den Bewerbungen wurde zudem immer ihr ehrliches und überdurchschnittliches Interesse am Lernenden betont.

Mit dieser Veranstaltung würdigte der Landesverband einerseits den Erfolg der geleisteten politischen Bildungsarbeit an den Schulen und warb zugleich dafür, dass politische Bildung – genau wie Demokratie auch – jeden Tag neu gelebt werden muss.

Aufgrund des steigenden Interesses an der Preisverleihung bestehen bereits Bestrebungen, der Veranstaltung 2023 einen größeren Rahmen im Plenarsaal des Landtages zu bieten und zudem auch das Bildungsministerium als Kooperationspartner zu gewinnen.

Musikalisch umrahmt wurde die Preisverleihung von Schülerinnen und Schülern der IGS „Grete Unrein“ aus Jena.

*Toralf Schenk
(2. Landesvorsitzender der DVPB Thüringen)*



Landtagspräsidentin Birgit Keller, Rosa de Rudder (2. Preisträgerin), Martin Schöppe (1. Preisträger), Jule Aschenbach (3. Preisträgerin), Toralf Schenk (Landesvorstand DVPB), Franz-Josef Schlichting (Landeszentrale für Politische Bildung Thüringen) (v.l.)

© Thüringer Landtag

Berlin

#aktiveSchüler_innen2022

Auch in diesem Jahr, zum sechsten Mal in Folge, zeichnete der Landesverband Berlin der DVPB aktive Schüler:innen für ihr politisches Engagement aus. In diesem Jahr lautete das Thema: „Lokal oder global, vom Kiez bis in die Welt – Wie habt ihr euch im letzten Jahr engagiert?“

Nach mehreren digitalen Preisverleihungen wurde der Preis am 28.06.2022 endlich wieder non-digital im Rahmen einer Tagung zum Thema „Demokratie, Mitbestimmung und politische Bildung an Berliner Schulen“ in der Landeszentrale für politische Bildung unter der Schirmherrschaft der Bildungs-senatorin Astrid-Sabine Busse übergeben und die Möglichkeit genutzt, die beeindruckenden Projekte einem breiteren Publikum vorzustellen.

Die Auszeichnung ist mit einem Preisgeld in Höhe von 200 EUR dotiert, welches von der DVPB Berlin zur Verfügung gestellt wurde. Die Jury beschloss neben dem ausgeschriebenen Preis noch zusätzlich zwei Engagementpreise zu vergeben:

Der **Hauptpreis** ging an Elena Kalbitzer, eine Schülerin des Schiller-Gymnasiums, für ihr vielfältiges Engagement innerhalb und außerhalb der Schule, in denen sie sich sowohl lokalen als auch globalen Themen widmet. Als Mitglied des Kinder- und Jugendparlaments Charlottenburg-Wilmersdorf engagiert sie sich auf Ebene des Bezirks insbesondere für das Thema Inklusion an Charlottenburger Schulen. Innerhalb der Schule hat sie als Mitglied der AG Politik im schulischen Rahmen diverse Projekte initiiert, so z.B. eine Open Space-Veranstaltung zur Bundestagswahl 2021, bei der Elena maßgeblich für die Vorbereitung und Durchführung mitverantwortlich war. Ebenfalls als Mitglied der AG Politik hat sie sich mit Beginn des Ukraine-Krieges dafür eingesetzt, dass das Schiller-Gymnasium mehrere Spendenaktionen zugunsten ukrainischer Geflüchteter durchgeführt hat. Außerhalb von Schule und Bezirk hat Elena im November 2021 an der Fachtagung zur „Umsetzung und Weiterentwicklung der Orientierungsrahmen Globale Entwicklung“ teilgenommen und aus Schüler:innen-Perspektive einen Beitrag zur Weiterentwicklung von BNE als Querschnittsthema in der Schule geleistet. Zudem hat sie 2020 im Rahmen des „Action Camp for Global Change“ der Jugendorganisation YoungCaritas einen Programmierworkshop für Frauen sowie 2021 im Rahmen desselben Programms einen Workshop zu den Nachhaltigkeitszielen der UN konzipiert und durchgeführt.

Die Jury war begeistert davon, mit wie viel Initiative und Engagement Elena sich für die vielfältigen Themen einsetzt.

Für ihr **Engagement** ausgezeichnet wurde die Schüler:innengruppe des OSZ Gesundheit 1 – Carl-Legien-Schule. Die Schüler:innen erhielten den Engagementpreis für ihr Umweltprojekt „Umweltschutz ist Gesundheitsschutz – Umwelt und Gesundheit gehen zusammen!“

Die Schüler:innen fühlten sich durch die Beschäftigung mit ihrem eigenen ökologischen Fußabdruck motiviert, sich selbst für die Umwelt einzusetzen. Dafür entwickelten sie Umweltschutzmaßnahmen, die sie an ihrer Schule direkt umsetzen können und erstellten daraus eine praktische Checkliste. Diese Checkliste hat zwei tolle Folgen: Die Schüler:innen können sie zum einen in ihren eigenen Alltag und



Preisträger:innen des OSZ Gesundheit 1 mit den Jurymitgliedern und Thomas Duveneck (Abteilungsleiter in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie)

© dvpb-Berlin



Preisträger:innen des OSZ Gesundheit 1 mit den Jurymitgliedern und Thomas Duveneck (Abteilungsleiter in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie)

© dvpb-Berlin

Berufsalltag mitnehmen und zum anderen an ihre Mitschüler:innen weitergeben.

Um sie möglichst weit zu verbreiten, haben die Schüler:innen ihre Ergebnisse in Form eines Plakatwettbewerbs in der Schule ausgestellt. Darüber hinaus organisieren die Schüler:innen momentan eine Messe zum gleichen Thema in ihrer Schule und veröffentlichen ihre Ergebnisse in einer Umweltzeitung.

Die Jury zeichnete das Redaktionsteam des Eckener Gymnasiums ebenfalls mit einem Engagementpreis aus für ihre Sonderausgabe der Schülerzeitung „Zeppelin.“

Darin berichtet das Team kreativ, kontrovers und kritisch über lokale sowie globale Themen. Sie setzten sich nicht nur mit weltweiten Problemen, wie der Klimakrise und Umweltschutz auseinander, sondern informieren auch über aktuelle Debatten in ihrer Stadt, wie dem Thema der Vergesellschaftung von Wohnungen.

Außerdem erklärten sie darin den Aufbau des politischen Systems, stellten historische Bezüge her und setzten sich ausführlich mit der Bundestagswahl auseinander. Dabei gelingt es ihnen, ihre Schulgemeinschaft aktiv in den Redaktionsprozess einzubeziehen und zur Partizipation zu ermutigen, indem sie auch die U18 Wahl thematisierten.

Die Jury war begeistert von der Vielfalt der politischen Themen, der Qualität der Berichterstattung und der kreativen Umsetzung der Schülerzeitung.

Die Vorstellung der Preisträger:innen sowie Fotos der Preisverleihung findet sich auch auf der Landesverbandsseite dvpb-berlin.de



Preisträgerin Elena Kalbitzer und Thomas Duveneck

© dvpb-Berlin



Ein kommendes Standardwerk der Demokratiepädagogik?

Wolfgang Beutel / Markus Gloe / Gerhard Himmelmann / Dirk Lange / Volker Reinhardt / Anne Seifert (Hg.): Handbuch Demokratiepädagogik. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag, Debus Pädagogik 2022, 802 Seiten, 59,90 Euro.



Die Demokratiepädagogik hat sich in den letzten beiden Dekaden in der schulischen Bildung sowie außerschulischen Kinder- und Jugendbildung etabliert. Dies zeigt sich unter anderem an der häufigen Aufnahme demokratiepädagogischer Ansätze, Modelle und Praxistools in Lehrpläne sowie in außerschulische Bildungsprogramme. Die wissenschaftliche Entwicklung der Disziplin hinkte dieser Dynamik in den 2000er-Jahren hinterher. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der damaligen, sehr kontrovers geführten Debatten um politische Bildung und Demokratiepädagogik weiteten sich die Bemühungen um eine Präzisierung der theoretischen Fundamente jedoch aus. In der Folge hat sich die Demokratiepädagogik weiter differenziert. Mit ihr werden unterschiedliche Konzepte wie z. B. demokratische Erziehung, Demokratiedidaktik und Citizenship Education konnotiert. Hinzu tritt seit

einigen Jahren der Begriff der „Demokratiebildung“, dessen Referenz „[...] nicht das bestehende demokratische System, sondern die Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger, die gegebene Ordnung zu durchschauen, zu reflektieren, zu verändern, zu kritisieren und so zu gestalten, wie sie es selbst für adäquat halten“ (Kenner/Lange, 65) sein soll. Angesichts der skizzierten Dynamiken sowie der parzellierenden Breite der Disziplin verwundert es nicht, dass mit dem Handbuch ein 802 Seiten starkes Opus vorgelegt wurde, das 63 Beiträge von 68 Autorinnen und Autoren beinhaltet. Zu Recht betonen die Herausgeberin und die Herausgeber im Auftaktkapitel, dass „Vollständigkeit und Finalisierungsansprüche“ (Beutel et al., 14f.) verfehlt wären und stattdessen vorliegende „Erfahrungen, Forschungen und Expert_innenschaft“ (Beutel et al., 15) präsentiert werden sollen. Das Buch ist in acht „Felder“ unterteilt.

Im ersten Feld setzen sich Beutel/Gloe/Reinhardt (19–42) mit der bestehenden Begriffsvielfalt auseinander. Bemerkenswert sind hier, trotz der zu erwartenden, terminologisch abgrenzenden Setzung der Demokratiepädagogik als Leitbegriff, die auf ein konstruktives Wechselverhältnis ausgerichteten Ausführungen zu Politischer Bildung und Demokratiebildung, z. B. wenn die Autoren anmerken: Die „[...] Zielsetzung der Demokratiebildung [speist sich; J.B.] aus den Maximen der politischen Bildung und der Demokratiepädagogik. So gesehen wird mit dem Konzept der „Demokratiebildung“ für eine begriffsbezogene Integrationsleistung plädiert.“ (Beutel/Gloe/Reinhardt, 35) Die konzeptionelle Dialogbereitschaft spiegelt sich im Handbuch auch in weiteren Beiträgen wider, besonders im Aufsatz „Demokratiebildung als Querschnittsaufgabe“ (Kenner/Lange, 62–71). Neben den beiden angeführten Beiträgen sind im ersten Feld vier weitere Fachartikel zu demokratiepädagogischen Grundlagen, demokratischer Schulentwicklung und Herausforderungen der Demokratie verortet.

Im zweiten Feld wird in acht Aufsätzen das Verhältnis von Demokratie und Pädagogik anhand geschichtlicher Betrachtungen und Fachdiskurse beleuchtet. In der Zusammenschau fallen zwei debattenprägende Fragen zum Konzept des demokratischen Erfahrungslernens auf, die im Großteil der Beiträge diskutiert werden: (1) Die Frage nach der zugrundeliegenden Demokratietheorie; (2) die Frage nach einem verbindenden Ineinandergreifen von sozialem und politischem Lernen. Die Leserinnen und Leser finden zur Auseinandersetzung mit diesen

komplexen Fragen unterschiedliche Perspektiven und zum Teil neue, erhellende Antworten.

Das dritte Feld bildet ausgehend von den Feststellungen, dass „eine systematische Forschung zum Thema noch kaum existent ist“ und ein „forschungsfähiger Unterbau fehlt“ (Beutel/Gloe/Marx, 207), sechs Einzelaufsätze zu demokratiepädagogischer Forschung ab. Trotz des ernüchternden Ausgangsbefunds bieten die Beiträge wichtige Anknüpfungspunkte für eine stärkere Fundierung demokratiepädagogischer Bildungsarbeit und zeigen Desiderata weiterer Forschungen auf. Das Handbuch greift mit dem Versuch einer (freilich ausgewählten) Zusammenschau vorliegender Forschungsergebnisse ein bestehendes Professionalisierungsdefizit auf.

Mit dem vierten Feld wird der Blick um Sichtweisen aus Nordamerika, Australien, England, Österreich sowie dem Europarat erweitert. Die Aufsätze zeigen unter anderem, welche Früchte ein langes Ringen um die Implementierung demokratiebildender Konzepte in Bildungssystemen tragen kann, aber auch wie Rückschläge im Zusammenspiel von Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Bildungspolitik bewältigt werden können sowie wie demokratiepädagogische Bildung auf Krisen der Demokratie reagieren kann.

Im fünften Feld werden in vierzehn Aufsätzen „Schnittmengen“ zur Demokratiepädagogik dargestellt, wie z. B. Inclusive Citizenship Education, Gender-Didaktik/Didaktik der Vielfalt, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Menschenrechtsbildung und Medienbildung. Den Autorinnen und Autoren gelingt es überwiegend, die Bezüge zu demokratischer Bildung gewinnbringend zu nuancieren und synergetische Lernchancen aufzuzeigen. Einige Beiträge sind hier thematisch jedoch so selbstreferentiell, dass sie ebenso gut in einem Handbuch der Allgemeinen Didaktik stehen könnten.

Die institutionellen Handlungsfelder der Demokratiepädagogik (Kitas, außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung, verschiedene Schulstufen, Berufsbildende Schulen, Schulsozialarbeit, Schulleitungsarbeit, Hochschulen) werden im sechsten Feld in zwölf Beiträgen vorgestellt. Demokratiepädagogische Akteurinnen und Akteure finden hier hilfreiche Betrachtungen zu Zielsetzungen, Schwerpunkten und Konzepten für ihre Bildungsarbeit. Das große Handlungsfeld der außerschulischen Jugendbildung bleibt mit nur einem Beitrag allerdings unterbeleuchtet.

Das Handbuch bietet im siebten Feld zu den Formen der Demokratiepädagogik, noch stärker als in den vorhergehenden Feldern, Impulse für die Bil-

dungspraxis. In zehn Fachartikeln werden Konzepte, Methoden und Techniken zur Planung sowie Umsetzung von Projekten, Service Learning, deliberativen Verfahren, dem Klassenrat, der Schülervertretung und vielem mehr konkretisiert. Des Weiteren reflektieren die Beiträge, zumeist auf der Basis empirischer Ergebnisse, Stärken und Schwächen der einzelnen Formen.

Das Buch schließt mit einem „Versuch über die Zukunft der Demokratiepädagogik“ von Fauser, einem der Nestoren der Disziplin, ab. Fauser stellt den Begriff einer „kooperativen Verständigungskultur“ in das Zentrum der Demokratiepädagogik (771ff.). Ausgehend von der Diagnose einer „angegriffenen Demokratie“ (774ff.) und von Wandlungsprozessen einer Schule, die zunehmend digitale Medien und Lernwege nutzt (781ff.), entwickelt er die These, dass „[...] Schule sich von einer Schule des Lernens zu einer Schule demokratischen Lebens modernisieren“ (790) müsse.

Der impulsgebende und diskussionsstiftende Schlussbeitrag von Fauser rundet ein Handbuch ab, das nach mehr als zwanzig Jahren intensiver (Weiter-) Entwicklung der Demokratiepädagogik endlich, zumindest größtenteils, eine Lücke schließt. Das Handbuch Demokratiepädagogik liefert erstmals einen Gesamtüberblick über die breit aufgestellte und bislang weitgehend parzellierte Disziplin, ermöglicht Vertiefungen und zeigt Anknüpfungswege für die weitere Theorieentwicklung sowie Forschung auf. Den Bildungspraktikerinnen und -praktikern, die angesichts der Theorielastigkeit der ersten Hälfte des Werkes möglicherweise Praxisbezüge vermissen werden, bietet das Handbuch in den Feldern fünf bis sieben konkrete Anregungen und Konzepte zur Umsetzung. Das Handbuch Demokratiepädagogik wird sich, auch aufgrund seines gewinnbringenden „Hybridcharakters“ im Sinne einer Gesamtübersicht für Bedarfe der Bildungspraxis und der Wissenschaft, wahrscheinlich als ein Standardwerk etablieren und die themenbezogenen Jahrbücher der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik hervorragend ergänzen.

Joachim Bicheler

Film und Material zu einem Gedankenspiel

Ingo Juchler: Ein Volkskanzler. Didaktische Hinweise und Materialien zum Theaterstück von Maximilian Steinbeis. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2021, S. 3–13; kostenloser Download: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/211118_6380_handreichung_volkskanzler_online_.pdf

„Jetzt mal angenommen, es käme einer. Mal angenommen, da wäre plötzlich einer, der die Menschen begeistert und mit Hoffnung erfüllt. Einer, der sie mobilisiert, der sie organisiert und ihnen Schwung verleiht. Der eine große Bewegung hinter sich scharf, ohne ideologischen Ballast, offen für alle, die an der Zukunft mitarbeiten wollen. (...) Angenommen, der Mann (angenommen, es ist einer) hat Erfolg. Gewinnt Landtagswahlen. Wird Ministerpräsident. Angenommen, der Schwung dieses Sieges trägt ihn durch den Bundestagswahlkampf bis an die Spitze aller Umfragen.“ So beginnt der Essay „Ein Volkskanzler“ des Juristen, Publizisten und Schriftstellers Maximilian Steinbeis, der 2019 in der Süddeutschen

Zeitung bzw. auf dem „Verfassungsblog“ veröffentlicht wurde, dessen Gründer und Chefredakteur Steinbeis ist. Das Verfassungsblog ist das zentrale Forum der aktuellen deutschen bzw. europäischen Verfassungsdebatte.

Steinbeis entwirft ein Szenario, in dem „der Mann“ schließlich zum „Volkskanzler“ gewählt wird, ohne Koalitionspartner regieren kann und Schritt für Schritt den Staat von innen aushöhlt: Zuerst wird das Bundesverfassungsgericht ausgeschaltet, ein neues Wahlrecht stärkt die Position der eigenen Partei und schließlich soll der Bundesrat durch eine neue Verfassung beseitigt werden, über die per Volksabstimmung entschieden werden soll. Als Vorbild für diesen Umbau eines demokratischen Verfassungsstaates in eine Autokratie könnten Steinbeis die Entwicklungen in Polen, Ungarn oder Russland gedient haben. Der Theaterregisseur Helge Schmidt hat den Text als Einpersonenstück für die Bühne bearbeitet und mit der Schauspielerinnen Ruth Marie Kröger großartig besetzt. Kröger trägt den Text sehr eloquent und durch starke Mimik und Gestik unterstützt vor, wobei sie sich äußerlich von einer durchschnittlich in Jeans und Bluse gekleideten Frau in eine Monarchie in pompösem Gewand verwandelt. Ein 34-minütiger Film zur Bühnenversion wurde mit Mitteln der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert und ist dort als Stream oder Download verfügbar (www.bpb.de/volkskanzler).

Zum Film hat die Bundeszentrale nun Unterrichtsmaterialien herausgegeben, die von Ingo Juchler für den Unterricht in der gymnasialen Oberstufe erarbeitet wurden. Film und Unterrichtsmaterial setzen bei den Schülerinnen und Schülern allerdings solide Kenntnisse über die Verfassungsordnung der Bundesrepublik voraus und eignen sich sehr gut zur Vertiefung. Dazu werden weiterführende Texte zu den Themen Populismus und Demokratie, Populismus und Opposition, Volksentscheid, Volkssouveränität und Gewaltenteilung, zum Wahlsystem sowie zum Thema Wahrheit in der Politik angeboten. Die Aufgabenstellungen erschließen die Texte und verknüpfen diese mit dem Stück. Leider verbleiben Material und Aufgaben aber auf der rein inhaltlichen Ebene und man vermisst Aufgabenstellungen, die zur Auseinandersetzung mit der Darstellung und Inszenierung anregen. Dies sollte unbedingt auch Gegenstand des



Unterrichts sein, damit das Theaterstück nicht nur als „Mittel zum Zweck“ dient. Dennoch sind Film und Material empfehlenswert, sie eröffnen ästhetische Zugänge zu Themen, die in der Unterrichtspraxis oftmals als abstrakt empfunden werden. Darüber hinaus bewahren sie vor einem Unterricht, der in die reine Institutionenkunde abzugleiten droht, wie sie bei dieser Thematik häufig zu beobachten ist.

MT

Israel verstehen

Georg Röbner: Nicht für Deutsche...? Yad Vashem als Ort und Wirklichkeit. Berlin: AphorismA Verlag 2021, 265 Seiten, 30,00 Euro



Yad Vashem, die jüdisch-israelische Gedenkstätte auf dem Herzlberg in Jerusalem ist ein Ort, der bei keinem Israelbesuch fehlen darf, schon gar nicht bei den das Land bereisenden Deutschen. Das meint auch der Autor Georg Röbner, ein Deutsch-Israeli, der mit seiner Familie seit 1988 in Jerusalem lebt, beruflich Pilgertouren und politische Bildungsreisen begleitet und darüber hinaus in der Friedensinitiative SOS-Gewalt/Zentrum für Friedenspädagogik engagiert ist.

Röbner legt hier ein Buch vor, das zunächst die besondere Bedeutung Yad Vashems für die Erinnerungskultur Israels und das jüdische Selbstverständnis hervorhebt. Ausgehend von der Gedenkstätte als ein identitätsstiftender Ort werden historische, theologische, politische, philosophische und psychologische Aspekte und Rahmenbedingungen der Geschichte und des aktuellen Selbstverständnisses Israels diskutiert. Die Palette der aufgeworfenen Themen ist also sehr breit, die Darlegungen und Erklärungen sind bis auf wenige Ausnahmen (vor allem zu theologischen Aspekten) entsprechend kurz.

Ausgangspunkt und zugleich strukturierendes Muster sind Beobachtungen von Reaktionen deutscher Reisender bei dem Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem. Diese stellen Fragen, problematisieren, kommentieren, reflektieren. Entsprechend ausgesuchte Äußerungen bzw. Fragen sind den Kapiteln vorangestellt, z.B.:

„Es gibt ja heute immer weniger wirklich fromme Menschen. Aber was bedeutet die ganze Geschichte von Shoa und Auschwitz für Menschen, die immer noch an Gott glauben?“ oder „Das klingt vielleicht ein bißchen hart, aber was die Juden mit den Palästinensern machen, also das ist schon ähnlich wie bei den Nazis im Dritten Reich! Überhaupt, wie können die Israelis mit den Palästinensern so umgehen, nach der eigenen Erfahrung von Leiden, Verfolgung und Ausgrenzung?“

Damit ist die Themenbreite der jeweiligen „Antworten“ angedeutet. Sie betreffen zum einen das Verhältnis zwischen Kirche und Judentum, die Geschichte der Judenverfolgung, die Bedeutung der Shoa, das Problem der Theodizee aus kirchlicher Sicht. Zum anderen zielen die Fragen von Besucherinnen und Besuchern der Gedenkstätte auf die aktuellen Problemlagen wie den Nahost-Konflikt, die Siedlungspolitik, die Zwei- oder Einstaatenperspektive usw.,

also generell die aktuelle Politik Israels und die mit ihr zusammenhängenden Kontroversen und Debatten.

In den mehrheitlich ein- bis dreiseitigen Kapiteln zeigt sich Röbber als sachkundiger, empathischer und geduldiger Erklärer, der versucht, die Hintergründe nachvollziehbar zu beleuchten. Dabei kommt zum Tragen, dass er Israel aus der Innensicht eines israelischen Bürgers ebenso kennt wie ihm die auf Israel bezogenen Befindlichkeiten der Deutschen und die Debatten um die deutsche Erinnerungskultur vertraut sind. Seine Erklärungen – gerade, weil sie so knapp gehalten sind – (müssen) versuchen ohne Wertung auszukommen. Sie zeigen die Probleme und politischen und moralischen Dilemmata auf und regen zu weiterem Nachlesen, Überprüfen und Bedenken an. Die – hier nur angedeuteten – Perspektiven sind dem friedenspädagogischen, humanistischen Bereich zuzuordnen.

Dieses Buch besticht durch den originellen Zugang über klare, eindeutige, manchmal fast verstö-

rende Fragen. Obwohl diesen Fragen keine eindeutigen Antworten gegenübergestellt werden (können), bieten sie aber auf einfache Weise Erklärungen, die die eigenen Reflexions- und Antwortmöglichkeiten erweitern.

Leider ist das Buch relativ teuer (30 €) und schwer. Zum Mitnehmen auf die Bildungsreise nach Israel also eher nicht geeignet; zur Vorbereitung gibt es einen gut lesbaren und mit leichter Hand geschriebenen Überblick.

Sylvia Heitz

Die nächsten Hefte

POLIS 4/2022 (22. Dezember): Ukraine

POLIS 1/2023 (1. April): Die politische Pflanze

POLIS 2/2023 (1. Juli): Verschwörungsnarrative und Wahrheitstheorie

POLIS 3/2023 (1. Oktober): Dekolonialität und politische Bildung

Liebe Leserinnen und Leser,

haben Sie Wünsche und Vorschläge für zukünftige Heftthemen?

Wollen Sie selbst einen Beitrag schreiben? Reizt es Sie, auf einen bereits erschienenen Beitrag zu antworten? Oder: Möchten Sie einfach nur Ihre Kritik an einem veröffentlichten Artikel übermitteln? In jedem Fall: Schreiben Sie an die Redaktion:

Lichtweg 12, 36039 Fulda, tschirner@em.uni-frankfurt.de.

Impressum

POLIS

Report der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung

Herausgegeben von der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung durch den Bundesvorsitzenden Prof. Dr. Alexander Wohnig (www.dvpb.de)

26. Jahrgang 2022

Leitende Redakteurin

Dr. Martina Tschirner
Lichtweg 12, 36039 Fulda
Tel.: 0661 9621133

Verlag

Wochenschau Verlag
Dr. Kurt Debus GmbH
Eschborner Landstraße 42–50
60489 Frankfurt/M.
www.wochenschau-verlag.de

Redaktion

Dr. Martina Tschirner (MT) (V.i.S.d.P.)
Helmut A. Bieber (hab)
Dr. Moritz Peter Haarmann (MPH)
Dr. Gudrun Heinrich (GH)
Dr. Steve Kenner (SK)
Prof. Dr. Dirk Lange (DL)
Dr. Luisa Girnus (lu)
Hans-Joachim von Olberg (vO)
Prof. Dr. Bernd Overwien (BO)
Prof. Dr. Armin Scherb (AS)

Verantwortlich für diese Ausgabe

Dr. Gudrun Heinrich / Dr. Steve Kenner

Verantwortlich für die DVPB aktuell

Helmut A. Bieber

Verantwortlich für die ZEITUNG

Prof. Dr. Dirk Lange / Patrick Bredl

Buchbesprechungen

Unverlangt eingesandte Rezensionsexemplare können nicht zurückgesandt werden.

Abonnentenbetreuung

Bestellungen und Fragen zum Abonnement richten Sie bitte an info@wochenschau-verlag.de, Tel.: 069-7880772-0. Bestellungen von Einzelheften richten Sie bitte an wochenschau@brocom.de oder Tel.: 07154 / 132730.

Herstellung

Susanne Albrecht, Opladen

Layoutentwurf

Wochenschau Verlag

Druck

in the EU

Erscheinungsweise

4 Hefte jährlich.

Preise

Einzelheft: 10,20 € zzgl. Versandkosten.

Digitale Ausgabe: 9,99 €

Abonnement: 34,00 € zzgl. Versandkosten.

In den (Inlands-)Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.

Anzeigenpreise

Preisliste Nr. 1 vom 1. Januar 2022

Anzeigen

presse@wochenschau-verlag.de

Bankverbindung

Volksbank Weinheim
IBAN DE59 6709 2300 0001 2709 07
BIC GENODE61WNM
© Wochenschau Verlag
Dr. Kurt Debus GmbH

Alle Rechte vorbehalten. Ein Nachdruck darf nur mit vorheriger Einwilligung des Verlages erfolgen.

Beilagen-/Beihefterhinweis

Dem Heft liegen Verlagsbeilagen bei:
– Katalog „Schule und Unterricht“

ISSN: 1433-3120

Bestell-Nr.: po3_22

PDF ISBN 978-3-7344-1462-6

Bildnachweise

Aufmacherfotos der Rubriken:

„Zeitung“: © Gina Sanders, fotolia.com;

„Fachbeiträge“: © raven, fotolia.com; „Forum“:

Franz Pfluegl, fotolia.com; „Didaktische Werkstatt“:

© Robert Neumann, fotolia.com; „Literatur“:

© adistock, fotolia.com